

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
 Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Kaiser, Berlin.
 Für die Expedition und den Anzeigentell: Eduard Steinbrücker, Berlin.
 Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
 Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
 Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Das Fazit der Tarifbewegung.

Nach sind zwar nicht an allen Vertragsarten die Differenzen bis auf den letzten Rest beigelegt, aber dessenungeachtet kann konstatiert werden, daß die Tarifbewegung nun im wesentlichen beendet ist. Es war die umfangreichste Bewegung, die bisher in der Holzindustrie durchgeführt wurde; wiederholt standen wir während ihrer Dauer vor recht kritischen Situationen, um so größer ist aber die Befriedigung darüber, daß es gelungen ist, den Kampf zu vermeiden und auf friedlichem Wege einen Ausgleich zwischen den widersprechenden Interessen herbeizuführen.

Überblickt man den Verlauf und das Ergebnis der Tarifbewegung, dann haben wir alle Ursache, uns der Errungenschaften zu freuen. Es ist keineswegs richtig, was man dieser Tage in den Blättern lesen konnte, daß die Zugeständnisse an die Arbeiterschaft nicht eben groß seien. Große Zugeständnisse sind allerdings ein sehr relativer Begriff; was dem einen als glänzender Erfolg erscheint, dünkt dem andern kaum der Rede wert. Um zu einer gerechten Würdigung des Erfolges zu kommen, muß man nach einem brauchbaren Maßstab Ausschau halten, an welchem man die Errungenschaft mißt. Als ein solcher Maßstab kommen in erster Linie die seitherigen Tarifbewegungen in der Holzindustrie in Betracht. Vergleicht man die Ergebnisse der nun abgeschlossenen Tarifbewegung mit den Resultaten ihrer Vorgänger, dann muß man gestehen, daß die Erfolge durchaus nicht hinter jenen zurückstehen, die bei früheren Tarifbewegungen errungen wurden. Sie sind aber um so höher zu bewerten, als sie unter viel schwierigeren Verhältnissen erzielt wurden.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die allgemeine Wirtschaftslage ungünstiger geworden ist und daß insbesondere der Geschäftsgang in der Holzindustrie viel zu wünschen übrig läßt. In manchen Großstädten ist allerdings der Beschäftigungsgrad noch recht befriedigend, im allgemeinen aber nimmt die Arbeitslosigkeit doch schon einen beträchtlichen Umfang an. Unsere monatliche Arbeitslosenstatistik gibt dem, der sich die Mühe nimmt, die Zahlenreihen ein wenig näher zu betrachten, sehr lehrreiche Aufschlüsse. Schon das ganze Jahr 1912 hindurch war die Zahl der Arbeitslosen größer als im Jahre zuvor. Im November 1912, als die Verträge gekündigt wurden, waren 3,50 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos, gegen 2,42 Proz. im November 1911. Im Dezember stieg der Prozentsatz der Arbeitslosen auf 6,76 gegen 4,66 im Dezember 1911; und wenn diese Mittel im Januar 1913 auch auf 4,37 herabging, so waren das immer noch mehr als die 4,20, die im Januar 1912 gezählt wurden. Sehr bedenklich sieht es im Februar aus, der sonst regelmäßig eine starke Entlastung des Arbeitsmarktes bringt; diesmal stieg die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder von 4,37 im Januar auf 4,44 im Februar. Das ist der ziffermäßige Ausdruck des Standes der Dinge auf dem Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. In einzelnen Orten liegen die Verhältnisse natürlich noch viel ungünstiger als im Reichsdurchschnitt. Wenn es trotzdem gelungen ist, die Unternehmer zu Zugeständnissen zu bewegen, die nicht hinter denen zurückbleiben, die bei ungleich besserer Geschäftslage errungen wurden, dann stellt dies dem Geschäft und der Talraft unserer Unterhändler ein glänzendes Zeugnis aus.

Zu der wenig günstigen Geschäftslage kamen aber noch andere Momente, die geeignet waren, unsere Position zu erschweren. Das zeitliche Zusammenfallen des Ablaufes der Verträge der größten Städtegruppe im Holzgewerbe mit den Verträgen im Maler- und Baugewerbe ließ den Unternehmern den Kamm jähwelen. Im Lager des Arbeitgeberverbandes hatte man schon lange dem 15. Februar 1913 entgegengeharret, als dem Tage, an welchem endlich die große Abrechnung mit dem Deutschen Holzarbeiterverband vorgenommen werden sollte. Wir erinnern nur an die kriegslustigen Reden, die auf der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes zu Köln im Juni vorigen Jahres gehalten wurden. Bald darauf erfolgte die Gründung des Kartells baugewerblicher Arbeitgeberverbände im Hinblick auf die für das Frühjahr vorbereiteten Arbeitskämpfe. Die Beteiligung der Holzindustriellen an diesem Kartell war um so bemerkenswerter, als sie früher die von der anderen Seite gewünschte intime Anlehnung an die baugewerbliche Scharniederorganisation entschieden abgelehnt hatten.

Das war eine deutliche Kriegsdrohung und das weitere Verhalten des Arbeitgeberverbandes bestätigte die Vermutung, daß er zielbewußt auf den Konflikt hinsteuere. Die zweck- und ergebnislosen Verhandlungen wurden bis zum 16. Januar hingezogen. Die Heberweidung des Ultimatums, dessen Ablehnung die Arbeitgeber mit Sicherheit voraussehen mußten, war der Höhepunkt auf dem Wege, den der Schutzverband bisher verfolgt hatte. Jetzt kam der Umschwung. Als sich die Leitung des Arbeitgeberverbandes entschloß, das Angebot des Freiherrn v. Berlepsch, der sich den Parteien als Schiedsrichter zur Verfügung stellte, anzunehmen, hatte sie wohl die Chancen eines Kampfes sorgfältig abgemessen. Für die Unternehmer kamen eine Reihe günstiger Momente in Betracht, aber auf der anderen Seite war die Leistungsfähigkeit des Deutschen Holzarbeiterverbandes, dessen oft bewiesene Kampfesfähigkeit, ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der Arbeitgeberverband hatte von vornherein damit gerechnet, daß erhebliche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen undurchführbar sein würden, es konnte sich also für ihn nur um das Maß der den Arbeitern zu machenden Zugeständnisse handeln. Die Erinnerung an die ungeheuren Schädigungen, welche sich die Unternehmer bei ihren früheren Versuchen, den Forderungen der Arbeiter mit umfangreichen Aussperrungen entgegenzutreten, selbst zugefügt hatten, ohne ihren Zweck erreichen zu können, dürfte ein übriges getan haben. Und so fanden sich denn die Parteien unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch zu neuen Verhandlungen zusammen.

Auf das große Verdienst, das sich Freiherr v. Berlepsch um die Erhaltung des Friedens im Holzgewerbe erworben hat, ist schon wiederholt hingewiesen worden. Er hat sich in der Tat mit großer Hingebung seiner Aufgabe als Schiedsrichter gewidmet. Es darf aber nicht übersehen werden, daß an dem Zustandekommen des Schiedspruches, der die Grundlage für das geschaffene Übereinkommen bildet, die beiderseitigen Verbandsleiter in hervorragendem Maße beteiligt waren. Ohne die Mitwirkung der beiderseitigen Vertrauensmänner wäre es kaum möglich gewesen, die Formel zu finden, welche, wie sich in der Folge gezeigt hat, beide Parteien befriedigt.

Konnten, als Freiherr v. Berlepsch am 8. Februar den Schiedspruch verkündete, die Vertreter der Parteien erwarten, daß nunmehr die Hauptarbeit getan und die Erhaltung des Friedens im Gewerbe wahrscheinlich sei, so erregte diese letztere Aussicht bei den streikbaren Herren im Aufbau und maßlose Entleerung. Sie hatten auf Grund der getroffenen Abmachungen mit Sicherheit auf den Ausbruch des Kampfes im Holzgewerbe gerechnet, eine friedliche Verständigung warf alle ihre Berechnungen über den Haufen. Ihrem Unmut gaben die baugewerblichen Scharfmacher in sehr drastischer Weise Ausdruck und es ist anzunehmen, daß sie manchem gesinnungsverwandten Unternehmer aus dem Holzgewerbe aus der Seele sprachen. So erklärt sich auch das aufreizende Verhalten, mit welchem die Einberufung der letzten außerordentlichen Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes drapiert wurde. Aber noch hätte dieses alarmierende Dokument das Licht der Öffentlichkeit nicht erblickt, als bereits wieder die Fäden geknüpft und die Wege geebnet waren, die dann schließlich zur friedlichen Verständigung über die neuen Verträge führten.

Wir haben bereits ausgesprochen, daß die materiellen Verbesserungen, welche die neuen Verträge bringen, einen recht erheblichen Erfolg bedeuten und daß sie hinter den Verbesserungen, die in früheren Jahren unter wesentlich günstigeren Umständen erzielt wurden, durchaus nicht zurückbleiben. Der erzielte Fortschritt wird noch deutlicher, wenn man das tatsächlich Erreichte mit dem Angebot vergleicht, das der Arbeitgeberverband in seinem Ultimatum machte. Hiernach sollte die Arbeitszeit nicht unter 54 Stunden verkürzt werden und demgemäß nur in ganz wenigen Städten eine Arbeitszeitverkürzung eintreten. Erreicht ist aber eine Verkürzung in allen Städten. Das Prinzip der Staffelung, das bei der Mehrzahl der Städte zur Anwendung gebracht wurde, ist nicht mehr neu. Es bezieht beinahe ausschließlich in der Anerkennung, daß die innerhalb der Vertragszeit für einen Ort erreichte Arbeitszeit auch für die folgenden vier Jahre gelten soll. Neu in diesmal nur, daß für eine Anzahl Städte neben der Arbeitszeitverkürzung, die jetzt vertraglich festgelegt ist, auch solche Verkürzungen bewilligt wurden, die erst in der folgenden Vertragszeit in Kraft treten. Damit ist zwar nicht formell, aber tatsächlich zum Ausdruck gebracht, daß

künftig die 54stündige Arbeitszeit in der Regel die längste in der Holzindustrie zulässige sein soll. Aus der ganzen Vertragsgruppe werden es nur die kleinen Städte Greifswald, Neiß und Stargard sein, die im Jahre 1920 noch 55 Stunden arbeiten.

An Lohnerhöhung hat der Arbeitgeberverband für die dreijährige Vertragsdauer für ziemlich alle Städte insgesamt 3 Pf. geboten, die in Raten von je 1 Pf. am 1. Oktober jedes der drei Vertragsjahre fällig sein sollten. Bewilligt sind in der Mehrzahl der Städte 5 Pf., in einigen allerdings nur 4, dafür aber in anderen Städten 6 Pf., zu welchen als Ausgleich noch je 1 Pf. für jede Stunde Arbeitszeitverkürzung hinzukommt. Die Erhöhung tritt auch nicht erst am 1. Oktober, sondern mit je 2 Pf. am 1. März 1913 bzw. 1914 in Kraft. Auf diese Weise kommt unseren Kollegen ganz erheblich mehr zugute, als die Arbeitgeber angeboten hatten. Die erzielte Lohnerhöhung bleibt allerdings noch beträchtlich hinter dem zurück, was notwendig gewesen wäre, um einen Ausgleich mit den in den letzten Jahren rapid gestiegenen Preisen für die Lebensbedürfnisse herbeizuführen. Ob es sich aber gerechtfertigt hätte, einer weiteren Lohnerhöhung wegen einen Kampf zu wagen, der dem einzelnen sowohl, als auch der Gesamtheit große Opfer auferlegt hätte, dessen Erfolg aber zum mindesten zweifelhaft war, das ist eine Frage, die sich jeder leicht selbst beantworten kann.

Als einen großen Erfolg wird der Arbeitgeberverband wahrscheinlich die Zusammenlegung der drei Vertragsgruppen von 1914, 1915 und 1916 buchen. Bei oberflächlicher Betrachtung der Dinge könnte es auch scheinen, als hätte er damit eine wichtige Etappe auf dem Wege zu dem von ihm so heiß ersehnten Reichstarif erreicht. Es gehört aber wirklich eine sehr oberflächliche Betrachtung dazu, um zu einer solchen Annahme zu kommen.

Der Arbeitgeberverband hat sich schon, als im Jahre 1907 erstmalig für eine Gruppe von Städten gleichzeitig Verträge abgeschlossen wurden, mit dem Gedanken getragen, sämtlichen in Zukunft abzuschließenden Verträgen den gleichen Ablaufstermin zu geben. Diesen Plan hat unser Verband erfolgreich hintertrieben, indem wir es durchsetzten, daß zunächst dreijährige, und vom Sommer 1910 ab vierjährige Verträge die Regel wurden. Dadurch wurden vier Gruppen von Städten gebildet, von denen auch die größte noch nicht so groß war, als daß wir es notwendig gehabt hätten, einem Kampf mit ihr unter allen Umständen aus dem Wege zu gehen. Den Arbeitgeberverband wurnte diese Entwicklung. Er kam deshalb in diesem Jahre auf seinen alten Plan zurück, den er nun so durchzuführen gedachte, daß diesmal die Verträge auf drei Jahre abgeschlossen werden; in den folgenden Jahren hoffte er alsdann durch entsprechende Befristung der Verträge seinen Zweck allmählich zu erreichen.

Darauf ließ sich jedoch unser Verband nicht ein. Zunächst beharrte er darauf, daß die normale Vertragsdauer von vier Jahren auch diesmal eingehalten wird. In einem sehr späten Stadium der Verhandlungen wurde dann das Zugeständnis der Zusammenlegung der drei anderen Vertragsgruppen gemacht, das aber bei Lichte besehen gar kein Zugeständnis ist. Der Verbandsvorstand hat die Bedeutung dieser Maßnahme sehr gründlich erwogen und die Frage wurde auch mit den Vertretern der zu den drei Gruppen gehörigen Städte eingehend besprochen. Das Ergebnis aller dieser Beratungen war, daß das, was dem Arbeitgeberverband ein wertvolles und erstrebenswertes Zugeständnis dünkt, im Grunde eine im Interesse des Deutschen Holzarbeiterverbandes gelegene taktische Maßnahme bedeutet.

Das wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Verträge insgesamt für etwa 80 000 Arbeiter gelten. Diese sind so verteilt, daß an den im Jahre 1913 ablaufenden Verträgen etwa 50 000 Arbeiter beteiligt sind, an den Verträgen mit dem Ablaufstermin 1914 30 000, 1915 19 000 und 1916 6000. Bisher hatten wir seit einer Reihe von Jahren in jedem Frühjahr Vertragsverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Diese waren oft recht unheimlich und zeitraubend, selbst dann, wenn es sich um eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Arbeitern handelte. Während der Dauer dieser Verhandlungen, deren Ausgang sich niemals voraussehen läßt, mußten natürlich die übrigen Lohnbewegungen möglichst zurückgehalten werden; ein Zustand, der von der Ver-

Handsektion ebenso unangenehm empfunden wurde, wie von den betroffenen Kollegen.

Noch ein anderes Moment kommt in Betracht. Der Arbeitgeberverband ist nicht unser einziger Vertragspartner. Die Verträge, welche unser Verband abgeschlossen hat, gelten insgesamt für etwa 145 000 Kollegen, aber nur Verträge für etwa 80 000 Holzarbeiter sind mit dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe abgeschlossen. Die übrigen Verträge, denen etwa 65 000 Kollegen unterstehen, sind zum Teil Verträge mit Einzelfirmen, zu einem sehr erheblichen Teil kommen aber auch andere Unternehmerorganisationen in Betracht. So gewinnt z. B. der Deutsche Industrieverband (Sitz Dresden) eine steigende Bedeutung als Vertragspartner; auch an den Verträgen für die Städtegruppe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe nicht beteiligt. Falls nun Vertragsverhandlungen mit verschiedenen Partnern zeitlich zusammen, dann verursacht das mitunter recht unliebsame Störungen.

Dieser Nebelstand ist durch das neue Abkommen beseitigt, oder doch mindestens erheblich gemildert. Die Verträge mit dem Arbeitgeberverband zerfallen jetzt in zwei Gruppen. Sie werden durchgängig auf vier Jahre abgeschlossen und alle zwei Jahre wird über eine andere Gruppe verhandelt. Die jetzt erledigte Gruppe umfaßt 50 000 Kollegen, im Jahre 1915 wird für 30 000 Kollegen verhandelt werden. Künftig neu hinzutretende Verträge werden auf diese beiden Gruppen so verteilt werden, daß sie hinsichtlich der Arbeiterzahl möglichst gleich stark bleiben. So bestimmt der Schiedspruch des Freiherrn v. Berlepsch, und er besagt weiter: „Die so geschaffene Zweiteilung der Vertragsgruppen mit je vierjähriger Vertragsdauer wird als rechtmäßiger Zustand beiderseits anerkannt.“ Damit hat der Arbeitgeberverband sein Streben nach dem gleichzeitigen Ablauf für alle Verträge aufgegeben. Unser Verband behält aber ein Jahr um das andere von Vertragsverhandlungen mit dem Schutzverband frei und gewinnt dadurch die Möglichkeit, sich in diesen Jahren anderen Aufgaben zu widmen. Ein Zustand, der insbesondere den Kollegen in den Branchen und Orten erwünscht sein wird, in welchen der Arbeitgeberverband nicht in Betracht kommt.

Als wir in unserer Nr. 7 den Wortlaut des Schiedspruches mitteilten, haben wir gesagt, daß er die Wünsche unserer Kollegen nicht völlig erfülle, und daß sie auf manche Forderung verzichten mußten, die nach Lage der Dinge durchaus berechtigt erschien. Immerhin sei aber das Maß der errungenen Zugeständnisse noch so, daß wir uns allenfalls damit abfinden können. Dieses Urteil können wir heute, am Schluß der Tarifbewegung, wiederholen. Nicht alles ist erreicht, was unsere Kollegen erhofft haben, aber wenn wir das Ergebnis der Bewegung vorurteilsfrei betrachten, wenn wir die ungeheuren Schwierigkeiten berücksichtigen, die zu überwinden waren, wenn wir insbesondere im Auge behalten, daß wir uns im absteigenden Zuge der Konjunktur befinden und die kommende Wirtschaftskrise bereits begonnen hat ihren Schatten vorauszuwerfen, dann haben wir alle Ursache, uns des unter Vermeidung eines opferreichen Kampfes errungenen Erfolges aufrichtig zu freuen.

Arbeitszeit und Löhne im Tischlergewerbe.

I.

Die letzte vom Deutschen Holzarbeiterverband veranlaßte Erhebung über die Lage der Berufsangehörigen, die sich auf alle im Verband vertretenen Branchen erstreckte, wurde im Herbst des Jahres 1906 veranstaltet. Obwohl unter Ausschaltung aller Gebiete, die bei früheren Erhebungen mit berücksichtigt worden waren, nur nach Arbeitszeit und Lohn gefragt wurde, und trotzdem mit der Aufarbeitung des gewonnenen Materials eine Menge Schwierigkeiten beschäftigt wurden, gingen doch bis zur Fertigstellung der Statistik zwei Jahre ins Land; erst im Frühjahr 1909 lag das fertige Buch vor. Allgemein wurde damals anerkannt, daß versucht werden müsse, die Herausgabe der Ergebnisse solcher heimischer Erhebungen mehr zu beschleunigen. Daß diese Beschleunigung aber nicht auf Kosten der Gründlichkeit erfolgen durfte, war selbstverständlich. Und so entschloß man sich, das von der jeweiligen Erhebung zu erringende Gebiet nach der Richtung einzuschränken, daß nicht mehr Statistiken für die Gesamtheit der Holzarbeiter, sondern nur noch für die einzelnen Berufe aufgenommen werden.

Als erste kamen die Bau- und Möbeltischler an die Reihe, die das größte Kontingent zum Deutschen Holzarbeiterverband stellen. Die Fragebogen für diese Statistik wurden im September 1911 verteilt. Trotz aller Furchtbarkeiten war jedoch das Material erst ein Jahr später aufgearbeitet und jetzt endlich liegen die Ergebnisse in einem 24 Seiten umfassenden Bande vor. In der Hauptfrage hat der Verbandstand nach verschiedenen Zweigen der Arbeit herausgefunden, bei denen es sich jedoch in der Hauptsache um die Verarbeitung der von einigen Holzarten hergestellten verschiedenen Materialien handelt. Mehrere Statistiken in der Art der vorliegenden, die sich auf verschiedene Branchen erstrecken, befinden sich aber zurzeit im Druck.

Die vorliegende Statistik über Arbeitszeit und Löhne im Tischlergewerbe zeigt uns, was die Gründlichkeit der Verarbeitung anlangt, im Vergleich von unserem Verband

herausgegebenen statistischen Arbeiten würdig an. Einzelnd wird eine Uebersicht über den Umfang der Bau- und Möbeltischlerei nach der amtlichen Berufs- und Gewerbezählung vom 12. Juni 1907 gegeben. Selbstverständlich sind die bei jener Aufnahme ermittelten Zahlen ganz bedeutend höher als die Zahl der Personen, die von unserer Verbandsstatistik erfaßt wurden. Das ist ein Mangel, mit dem sich jede von privater Seite aufgenommene Statistik abfinden muß. In der Hauptsache müssen wir uns, da uns der amtliche Apparat nicht zur Verfügung steht, darauf beschränken, die Verhältnisse der Berufsangehörigen in den Orten und Betrieben zu erforschen, in welchen sich unsere Organisation bereits Eingang verschafft hat. Bei der Berufsstatistik, welche die Einzelpersonen nach ihrem Beruf zusammenfaßt, unbekümmert um den Betrieb, in welchem sie tätig sind, wurden unter dem Titel: „Tischlerei, Spiegel- und Bilderrahmen sowie Parkettfabrikation, Veredelung und Vergoldung“ zusammen 340 825 Arbeiter gezählt. Die Betriebsstatistik zählt dagegen die Betriebe und die in ihnen beschäftigten Arbeiter ohne Rücksicht auf den Beruf, den der einzelne ausübt. Hier wurden in den Branchen: Möbeltischlerei, Parkettfabrikation und Parkettfabrikation, Sargfabrikation und Sonstige Tischlerei zusammen 100 860 Betriebe, darunter 66 092 Gehilfenbetriebe mit 264 084 Arbeitern gezählt. In diesen Zahlen sind aber nicht nur die berufstenden Arbeiter, sondern auch manche Branchen enthalten, die nicht in das Gebiet der Bau- und Möbeltischlerei fallen, wie es durch unsere Verbandsstatistik umschrieben ist. Ein direkter Vergleich der Ziffern der amtlichen Zählung mit dem Umfang der vom Verband aufgenommenen Statistik ist also nicht wohl zu ziehen. Aber immerhin darf gesagt werden, daß die 113 942 Arbeiter in 11 552 Betrieben, die von der Verbandsstatistik erfaßt wurden, einen recht beträchtlichen Teil des in Frage kommenden Gebietes ausmachen.

Bei der Aufnahme vom Jahre 1906, welche sich auf das gesamte Verbandsgebiet erstreckte, sind die Ergebnisse für die einzelnen Branchen gesondert verarbeitet worden, dadurch ist es möglich, Vergleiche zwischen den Resultaten der beiden Statistiken zu ziehen. Hierbei stellt sich zunächst heraus, daß die Beteiligung an der Statistik von 1911 eine bessere war als im Jahre 1906; aber die Zunahme an erfaßten Personen verteilt sich auf die verschiedenen Gauen nicht gleichmäßig, in den Gauen Berlin und Frankfurt ist die Beteiligung sogar nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Im Gau Frankfurt wurden 1906: 9441, im Jahre 1911 aber nur 8592 Arbeiter gezählt; im Gau Berlin ist die Beteiligung sogar von 28 152 auf 24 726 zurückgegangen. Ist es an sich schon bedauerlich, daß das Interesse an solchen statistischen Erhebungen an einzelnen Orten zurückgeht, so ist es doppelt unangenehm, daß sich diese Erscheinung gerade in Berlin gezeigt hat. Der Umstand, daß Groß-Berlin diesmal nur 4674 Arbeiter hinter der Beteiligung von 1906 zurückbleibt, macht sich in den Ergebnissen der Statistik recht förend bemerklich. Es sind Arbeiter mit verhältnismäßig hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit, die in der Statistik fehlen, während es sich bei den Kollegen, die im Jahre 1911 zum ersten Male von der Statistik erfaßt wurden, zum größten Teil um solche mit minder guten Arbeitsbedingungen handelt. Das ist ein Moment, das fortwährend im Auge behalten werden muß, wenn man verhalten will, daß die nackten Zahlen der Statistik zu falschen Schlüssen führen.

Zu solchen falschen Schlüssen verleitet gleich das Ergebnis bezüglich der Arbeitszeit. Für alle Orte und Beteiligte zusammen genommen betrug die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche 55,3 Stunden. Bei der Statistik vom Jahre 1906 wurde als durchschnittliche Arbeitszeit der Tischler 56,7 Stunden festgestellt. Hier waren jedoch verschiedene Spezialbranchen mitgezählt, die nicht zur Bau- und Möbeltischlerei gehören; in dieser allein betrug die durchschnittliche Arbeitszeit 56,1 Stunden. Das würde also bedeuten, daß in der Zeit von 1906 bis 1911 die durchschnittliche Arbeitszeit nur um 0,8 Stunden pro Woche verkürzt worden wäre. Daß dieses Ergebnis nicht richtig sein kann, ist für jedermann klar, der die Entwicklung in der Holzindustrie verfolgt hat. In den Kämpfen und den Tarifbewegungen, die in den fraglichen 5 Jahren geführt wurden, waren die Bau- und Möbeltischler hervorragend beteiligt und stets ist die Forderung der Arbeitszeiterhöhung mit großem Nachdruck vertreten worden. Allerdings wird das Maß der jeweils erreichten Arbeitszeiterhöhung immer bescheidener, je länger die bestehende Arbeitszeit ist. So lange die Arbeitszeit noch 60 und mehr Stunden beträgt, gelingt es nicht selten, eine Verkürzung um 4, 5, 6 und noch mehr Stunden auf einmal durchzuführen, aber nachher erfordert es große Anstrengungen, die wöchentliche Arbeitszeit um ein oder zwei Stunden herabzurücken. Aber trotzdem erscheint es nicht glaubhaft, daß im Laufe von 5 Jahren die Arbeitszeit der Bau- und Möbeltischler im Gesamtdurchschnitt nur um 0,8 Stunden verkürzt sein soll.

Hier macht sich der Einfluß der schwachen Beteiligung der Berliner Kollegen an der Statistik sehr deutlich bemerkbar. Aber nicht nur in Berlin, sondern in einer ganzen Reihe anderer Orte mit einer verhältnismäßig kurzen Arbeitszeit war die Beteiligung an der Statistik im Jahre 1911 geringer als im Jahre 1906: so in Hamburg, Kiel, Aapel, Hannover, Eiterfeld-Nerren, Darmstadt, Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Breslau. Auf der anderen Seite weisen eine ganze Reihe Orte mit relativ langer Arbeitszeit eine weit stärkere Beteiligung auf als im Jahre

1906. Hierzu kommt, daß die Zahl der Orte, die diesmal an der Statistik beteiligt waren, erheblich größer ist als das vorigenal. Während im Jahre 1906 nur 651 Stellen Fragebogen eingesandt hatten, sind diesmal 770 Orte in den Tabellen namentlich aufgeführt und außerdem werden noch in jedem Gau „überse kleine Orte“ berücksichtigt, die nicht namentlich aufgeführt wurden. Es ist begreiflich, daß es sich bei den neu hinzugekommenen Orten meist um solche mit ungünstigeren Arbeitsbedingungen handelt. Läßt man diese außer Betracht und vergleicht nur die Orte, die an beiden Statistiken beteiligt waren, dann ergibt sich für das Jahr 1906 eine durchschnittliche Arbeitszeit von 56 Stunden, für 1911 eine solche von 54,9 Stunden. Aber auch damit ist die oben erwähnte Fehlerquelle bei weitem nicht ausgeglichen.

Gewaltkampf und Rechtskampf.

—r. Mit zunehmender Kultur macht sich eine ganz auffällige Veränderung der Formen bemerkbar, in denen die Menschen ihre Streitigkeiten untereinander zum Austrag bringen. Während einstmals, als die Menschen noch der Tierheit nahe standen, in den Kämpfen gewalttätige Mittel die Hauptrolle spielten, während mit blutiger Grausamkeit um den Sieg gerungen wurde, tritt in der modernen Kultur menschheit Gewalt und Blutgier immer mehr zurück und man sucht die Interessengegensätze auf dem Wege des Rechts und mit gesetzlichen Mitteln auszugleichen. Es ist dies eine natürliche Folge der menschlichen Kulturentwicklung. Im Laufe vieler Jahrtausende hat die Menschheit die weite Bahn zurückgelegt vom tierischen oder tierähnlichen Zustande zu der Kulturstufe, auf der wir uns heute befinden; der ehemalige Tiermensch ist zu einem Kulturmenschen geworden. Die Menschen sind zum Bewußtsein erwacht, wie ein Kind aus dem Mindertraum erwacht und nun mit Ueberlegung und Verstand ins Leben tritt, und nach einem bestimmten Plane suchen sie bestimmte Zwecke zu erreichen. Sie haben sich nicht damit begnügt, die Natur zu beherrschen und die Naturkräfte in ihren Dienst hineinzuzwängen, sie wollen auch die Kultur ihren Zwecken dienstbar machen. Alle Kulturgüter, die die emporkletternde Menschheit im Laufe der Zeit geschaffen und aufgespeichert hat, alle Errungenschaften der Kulturfolgerer auf wissenschaftlichem, technischem und sozialem Gebiete, alles, was die Vergangenheit erfunden, erdacht und erarbeitet hat, die ganze Summe menschlicher Kultur benutzt die Gegenwart als Kulturhebel und vererbt sie wiederum auf die Zukunft. So haben denn die Menschen allmählich das Tierische von sich abgestreift und die Bestie in ihrer Brust gebändigt, sie sind Menschen geworden und suchen den rücksichtslosen, erbarmungslosen Kampf aller gegen alle durch ein zielbewußtes, planvolles Zusammenwirken zu ersetzen.

Diese Menschwerdung des Tiermenschen hat auch eine Vermenschlichung des Daseins im Kampfe im Gefolge gehabt. Ursprünglich führten die Menschen den Kampf gegen ihre Mitbewerber auf tierische Art; sie kämpften eben wie die Tiere. In den frühesten Zeiten der Menschheit merkte man nichts von einer Menschlichkeit, die angeblich der Herrgott in die Herzen gepflanzt hat, sondern die Menschen gingen aufeinander los wie wilde Bestien und zerfleischten sich gegenseitig bis auf Blut. Die besiegten Feinde, die am Leben geblieben waren, wurden in der grausamsten Weise umgebracht; sie wurden an den Altären der Götter geschlachtet, sie wurden am Marterpfahl langsam zu Tode gequält, sie wurden beim grauesten Mahle aufgefressen. Und nicht nur die am Kampfe Beteiligten erfuhr die Rache der Sieger, auch die Unbeteiligten fielen der Rache und Blutgier zum Opfer. Die Sieger schonten weder Weib noch Kind noch Greis, sie vernichteten alles Lebende ohne Gnade und Erbarmen. Das ist der Vernichtungskampf in seiner defizialischen Form. Allmählich nahm der Kampf mildere Formen an, und der Vernichtungskampf wurde verdrängt durch den Ueberwachungskampf. Zunächst ließ man die besiegten Feinde am Leben und machte sie zu Sklaven, denen man die schmerzlichen, unangenehmen Arbeiten ausbürdete. Man nahm ihnen ihr Eigentum an Land, Vieh, Waffen und Geräten, und so entstand die Klasse der recht- und heillosen unfreien Arbeiter; auch Weiber und Kinder gingen in das Eigentum der Sieger über. Im weiteren Verlaufe der Entwicklung belieh man die Besiegten im Besitze ihres Eigentums, legte ihnen aber Abgaben und Frondienste auf. So kam die Klasse der Hörigen auf, die sich nach und nach mit den Sklaven vermischten und eine neue Gesellschaftsschicht bildeten. Die Sklaven verwandelten aus den Kulturländern, und die halbfreien Hörigen traten an ihre Stelle. Später wurden die Besiegten in ihrem Eigentum geschont und als freie, gleichberechtigte Bürger in den neuen Staatsverband mit hinübergenommen. Vor allen Dingen werden heute alle nicht direkt am Kampfe Beteiligten in ihrem Leben und in ihren Rechten geschützt und die im Kampfe verwundeten Gefangenen werden in Lazaretten gepflegt und geheilt. So kämpfen heute zivilisierte Völker, und es erregt unser Grauen und unsere Entrüstung, wenn wir von den Greueln der Kriegsjurie in den Balkanländern lesen.

Parallel mit dieser Humanisierung des Krieges läuft auch die Abnahme der Kriegsbegeisterung und die Zunahme der Friedenssehnsucht. Nur noch rohe, unkultivierte Naturen ergöhen sich an den Schilderungen riegerischer Grausamkeiten, Kulturmenschen haben einen Abscheu dagegen und bemühen sich, Friedenspropaganda zu treiben, damit mit endlich dahin kommen, die Streitigkeiten zwischen den

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsverwaltung durch Unterschrift und Stempel glaubhaft sein.)

- Zuzug ist fernzuführen von:
- Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Berlin-Reuthlin (Propellerfabrik Garuda), Bremerhaven-Geeßmünde-Dehe, Bremerbrücke (Braasch), Breslau (Gudertel, Knapp, Sausner), Sannenberg a. d. E. (W. Ziesenk), Frankfurt a. M. (Trompler, Karlsapp, Mhlus, Bühl, Budoch, Köhle, Lohrer), Hannover (Godelmann), Salsawe i. Romm. (S. Last), Stolp i. Romm. (Mack), Werden a. d. Aller, Weiskensfelds (Sauer), Wilfer i. Polst. (Gustav Rau), Zappot, Zunsbrud, Zollikofen bei Bern.
 - Modellistern nach Offenbach a. M. (Engelbert Stern).
 - Parteiliegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parteiliegere, Uhlendstraße).
 - Klaviermachern nach Belgien.
 - Bergoldern, Grundratern, Verzieren und Farbmachern nach Altona-Ottensen (Wahr u. Schenkens), Glattbrugg bei Zürich (Dekkers).
 - Bürsten- und Pinselmachern nach Frankfurt a. M. (Gustav Topp).
 - Zelluloidwarenarbeitern, Drechslern nach Zollikofen bei Bern (Käfer, Moilliet u. Cie.).
 - Hornmachern nach Sellstedt (Allermann).
 - Schirmmachern nach München (Süddeutsche Schirmfabrik S. Becker).

Aus dem Thüringer Heimarbeitseiland.

wa. Wo die Grenzen des Herzogtums Gotha mit denen des ehemaligen Kurfürstentums Hessen zusammenstoßen, da erhebt sich der Inselberg, der Migi Thüringens. Hier ist der Zentralpunkt einer umfangreichen Heimindustrie, die sich um der Herstellung sehr verschiedenartiger Produkte beschäftigt. Der Teil eines armfälligen Amtes, noch mehr die stark ausgeprägte Heimatliebe, fesselt die Bewohner der Gegend an die Scholle. Da überdies die Landwirtschaft hier wenig ergebig ist, sind alle Vorbedingungen für das Gedeihen der Heimarbeit mit all ihren üblen Begleiterungen gegeben. Schon im Mittelalter war die Stadt Schmalkalden, der Hauptstapelplatz für die Erzeugnisse dieser Hausindustrie, durch ihren Reichtum berühmt, und heute verstehen es die Unternehmer noch besser als früher, aus den Glanzbezirken der Umgegend reichen Gewinn zu ziehen.

Kommt der Organisator vom Verband das erste Mal in diese Heimarbeitseile, so hat er meist dankbare Zuhörer; aber die Begeisterung ist auch sehr rasch verfliegen. Es ist kein Wunder, daß diese Arbeiter rückständig sind. Neben der Arbeit in der Fabrik oder in der Heimindustrie muß noch die Feldarbeit erledigt werden, so daß wenig Zeit übrig bleibt, etwas Vernünftiges zu lesen, um sich weiter bilden zu können. Der Teufel Alkohol spielt auch noch oft eine große Rolle. Der Bäcker ist die wichtigste Person am Ort, der neben dem Gemeindevorsteher, welcher gewöhnlich Vorsitzender des Arbeitervereins ist, die Geschicke der Bewohner lenkt. Instinktiv fühlt sich die Arbeiterbevölkerung von der Sozialdemokratie angezogen. Davon legen die Stimmen bei der Reichstagswahl in diesen Orten Zeugnis ab. Aber gewerkschaftlich sind diese Gegenden noch 20 Jahre in der Entwicklung zurück. Schritt für Schritt muß erst das Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung geweckt werden.

Die Gegenstände, die in der Heimarbeit fertiggestellt werden, sind dem Wechsel unterworfen. In manchen Erwerbszweigen ist die Maschine ein erfolgreicher Konkurrent des Heimarbeiters. So verschwindet die Heimarbeit in der Metallindustrie immer mehr, Messer, Gabeln, Häffel, Werkzeuge, Brennscheren u. dgl. werden jetzt in Fabriken hergestellt. Aber die Holzleiste zu diesen Erzeugnissen sind nach wie vor Produkte der Heimindustrie. Zu Hunderten zählen die Heimarbeiter, welche Wriste zu Kremschieren und Schraubenziehern, Feilenheften, Hammerstiele u. dgl. herstellen. Früher war der Verdienst dieser Drechsler im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen noch einigermaßen ausreichend. Aber die Preise für die Stoffe sind ständig zurückgegangen, während die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Durch Gründung von Innungen hat die Regierung diesem Notstand schon abzuhelfen versucht, aber erfolglos. Die elektrische Kraftübertragung hat wohl einigen Verbesserungen geholfen, aber für die Armen hat sie nur größeres Elend im Gefolge gehabt. In Struth bei Schmalkalden, dem Hauptort dieser Drechsler, werden jetzt ungefähr 400 Mt. pro Monat an Kraft gezahlt. Dafür müssen aber viele tausende Hektare mehr geliefert werden. Oft langt nun die Arbeit nicht mehr für alle Drechsler zu, und nur um Arbeit zu erhalten, unterbieten sie sich gegenseitig immer mehr. Hier zeigt sich so recht, wie unter der heutigen Wirtschaftsweise die Maschine zum Fluch der Armen wird.

Nur ein paar Beispiele: Ein Doppeldubend Brennereigriff, also 24 Stück, Buchenholz, braun gebeizt und poliert, werden schon für 30 Pf. geliefert. Holz, Messingzwinge und Politur muß dazu gekauft werden. Von einzelnen Fabrikanten wird für besser polierte Ware etwas mehr gezahlt. Für ein Dutzend Schraubenzieherhefte, etwas poliert, 11 Zentimeter lang, werden im Durchschnitt 13 bis 16 Pf. gezahlt. Dieses Heft soll aber bei schlechtem Geschäftsgang schon für 8 Pf. geliefert sein, wohl gemerkt das Dutzend, wozu auch Holz, Politur und die Eisenzwinge gekauft werden muß. Die fertigen Hefte werden auch von Großhändlern aufgekauft und nach Rheinland-Westfalen an die Metallwarenfabrikanten verhandelt. Für diese Industrie kommen eine ganze Reihe Ortschaften in Frage, nur in wenigen ist es bisher gelungen, Mitglieder für die Organisation zu gewinnen.

Eine andere Industrie, welche rund um den Inselberg ihren Sitz hat, ist die Pfeifenindustrie. Schweina, Wätershausen und Nuhla sind die Hauptorte; dort liegen die Fabriken, in welche auch von Heimarbeitern aus den umliegenden Dörfern die Pfeifenteile geliefert werden. Nuhla war früher der Hauptplatz, wo neben Tabakpfeifen hauptsächlich Zigarren- und Zigarettenspitzen hergestellt und in alle Welt verhandelt wurden. Die weltberühmte Nuhlaer reichgeschmückte Bernsteins- und Meerschäumspitze ist verschwunden, aber auch die glatten Sachen gehen ständig zurück.

Als eine untergehende Industrie kann man die Herstellung von Zigarrenspitzen bezeichnen. Die Papier- und Zelluloidspitze hat das Feld erobert. Auf den Dörfern Schmerbach, Seebach, Winterstein usw. müssen sich die Spitzendrehler nach anderer Arbeit umsehen, da sie monatelang ohne Arbeit sind. Auch hier hält jetzt die Elektrizität ihren Einzug, aber helfen wird sie auch nicht können. Nuhla hat jetzt die Vorbereitungen an andere Orte abzutreten und ist zur Metallindustrie übergegangen. In Wätershausen wurde die erste größere Fabrik für Tabakpfeifen gegründet und der Fabrikant wurde als Pfeifenkönig bezeichnet. Aber dieser Rang wird ihm schon wieder erloschen von den Fabrikanten in Schweina freitig gemacht. Nur in Wätershausen ist unsere Organisation gefestigt, während in Schweina trotz vieler Mühe die kaum gewonnenen Mitglieder wieder austreten. Nachdem sie einige Erfolge errungen, brauchen sie keinen Verband mehr. Die Rückständigkeit ist auf dieser vom Verfall abgelegenen Seite des Waldes noch groß. So würde von Heimarbeitern in Elmental erst die Lobabewertung verlangt, sonst hat die Organisation keinen Wert. Nachher können sie auch Beiträge zahlen. Auch in Protterode am Inselberg sind Heimarbeiter dieser Branche vorhanden, aber nur wenige bleiben dem Verband treu. Nachdem sie einige Beiträge bezahlt, wollen sie für ihr

Geld etwas haben, sonst treten sie wieder aus. Hier gehört jede Ausdauer dazu, für die Organisation zu wirken.

Auf dem Nordhang des Waldes gibt es noch viel Heimarbeiter, welche Spielwaren, Puppenstiele, Holzpferde u. dgl. herstellen und nach den Fabriken in Waltershausen, Georgental und Oberhof liefern. Aber auch hier geht die Heimarbeit ständig zurück. Die technische Entwicklung sorgt dafür, daß auch hier immer mehr Fabriken entstehen.

Die Holzmacherei hat sich auch noch in diesem Gebiet als Heimarbeit erhalten. Aber nur eine Ortschaft, Schönan v. d. Walde, betreibt sie noch als Hauptbeschäftigung. In den anderen Ortschaften wird sie nur noch als Nebenberuf oder als Winterarbeit betrachtet. Dieses Gebiet ist schon mehr dem Verkehr erschlossen und im Sommer gehen die Leute als Bauarbeiter nach den größeren Städten. Die Preise werden dadurch natürlich immer mehr herunter gedrückt.

Ferner gibt es an verschiedenen Orten Holzwaren-Fabriken, welche alle möglichen Kisten und Kästen, Wirtschafts- und Gebrauchsgegenstände herstellen. Jeder Arbeiter ist froh, wenn er dort arbeiten darf und die Fabrikanten halten strenge Wacht, daß die Organisation nicht vorwärts kommt. Verheiratete Arbeiter mit 13 bis 15 Mk. Wochenverdienst sind keine Seltenheit, aber in der Heimarbeit verdient oft die ganze Familie diesen Lohn nicht einmal.

Genau so liegen die Verhältnisse der Hunderte von Schneidemüllern und Sägereiarbeitern, welche in den kleineren, oft so idyllisch gelegenen, von den Dichtern besungenen Waldmühlen arbeiten. Ungeheuerlich lange Arbeitszeit und niedrige Löhne sind üblich. Als Beispiel eine Aufstellung, welche sich ein organisierter, also schon besser gestellter Schneidemüller gemacht hat. Derselbe arbeitete im Jahre 1905 4736 Stunden, macht pro Woche, das Jahr zu 52 Wochen gerechnet, über 91 Stunden; im Jahre 1908 immer noch 4589 Stunden oder 87 Stunden die Woche; im Jahre 1911 noch 4072 Stunden oder 70 Stunden pro Woche. Der Lohn ist wie immer mit der Verkürzung der Arbeitszeit gestiegen. Derselbe betrug 1905 28 Pf., 1911 war er auf 32 Pf. gestiegen und 1912 wurde er durch den Verband auf 34 Pf. pro Stunde erhöht. Die Lage der kleinen Mühlen sind gezählt, hier geht die Entwicklung zum Großbetrieb mit Riesenschritten vorwärts. In den großen Dampf-Schneidemühlen hat der Verband noch wenig Erfolge zu verzeichnen. Jeder Organisierte wird hier gemahregelt.

Landschaftlich ebenso reizvoll wie der Thüringer Wald ist der ebenfalls zum Thüringer Gau gehörige Teil der Rhön; ihren Bewohnern bietet auch sie nur ein elendes Dasein. Eine Schmalspurbahn führt von Dorndorf in dieses Gebiet hinein. Auf einem der „Bahnhöfe“, oft nur eine offene Bretterbude, steigt man aus, der Weg führt zum Dorfchen empor. Die niedrigen Bauernhäuser werden übertrag von der gewaltigen Kirche, einem Bauwerk, das jeder Großstadt zur Ehre gereichen würde. Es ist eine Wallfahrtskirche, zu der die Gläubigen weit und breit herbeizugeln. Treten wir in eine der benachbarten Hütten, dann sehen wir an der Wand Heiligenbilder und ein Kreuz, darunter die Bank und die Werkzeuge zum Korbschneidern. Bis spät in die Nacht wird hier gearbeitet, um 12 bis 14 Mt. pro Woche zu verdienen. In Dornbach, dem Hauptort der Korbindustrie, hat der Verband schon oft versucht, Eingang zu finden, aber vergeblich. Die schwerreichen Fabrikanten lassen keine Organisation, ja nicht einmal eine andere Industrie dort aufkommen. Zwei große andere Fabrikanlagen liegen verlassen an der Bahnhofsstraße. Die Korbfabrikanten beanspruchen das Ausbaugebiet für sich allein. Die Arbeiter bekämpfen sich wegen konfessioneller Meinungsverschiedenheiten und verweisen darüber die Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Etwas besser, aber nur wenn genügend Arbeit vorhanden, sind die Holzschneider gestellt, welche Badeandenken, kleine Gebrauchsgegenstände, mit Bögeln oder Rehen und Hirschen geziert, herstellen. Empfershausen ist hier der Hauptort, wo auch eine staatliche Schnitzschule besteht. Hier sind schon zwei Fabriken entstanden, welche die Ware mehr nach kaufmännischen Grundsätzen betreiben. Die Entwicklung steht auch hier nicht still.

In Ralkennordheim und Oßheim bestehen Holzwarenfabriken. Hier werden billige Galanterieartikel, dort Federkasten hergestellt. Der Lohn ist auch sehr gering. In Oßheim verdienen verheiratete Männer 13 bis 14 Mt. die Woche. Dabei sind sie froh, wenn sie in der Holzwarenfabrik angestellt werden, denn der frühere Haupterwerbszweig, die Plüschwebererei, geht ständig zurück. Aber auch hier wird in den nächsten Jahren eine Aenderung eintreten. Im ganzen Rhöngebiet sind Kalksbäche in Angriff genommen. Beginnt erst die Fördern, dann werden auch die Bahnhöfe ausgebaut werden und die Steigerung des Verkehrs wird auch revolutionierend auf die Lebensweise der Arbeiter einwirken und ihre Begehrlichkeit wecken.

Überall hiehet die Heimindustrie dasselbe Bild. Ungesunde Wohn- und Arbeitsräume, oft so von Schmutz starrend, daß man froh ist, wieder an die frische Luft zu kommen. Hier soll das Hausarbeitergeheim helfen? Es wird weiße Salbe bleiben und keine Dife bringen. Aber die technische Entwicklung führt dazu, daß überall Fabriken entstehen, die Zahl der Lohnarbeiter wird größer und damit wird auch der Boden für die Organisation geebnet. Auch die Heimarbeiter werden schließlich angezogen. Wohl gelangt es noch eine Zeitlang, durch christliche Gewerkschaften, durch konfessionelle Arbeitervereine und in letzter Zeit durch gelbe Arbeitervereine diese Armeen zu täuschen. Aber die Zeit wird kommen, wo sie ihre wahren Freunde erkennen und dann muß der Erfolg auf unserer Seite sein. Ist auch der Boden rauh und hart, wird auch wenn viel vergebliche Arbeit aufgewendet werden müssen, um diesen Armeen ein menschenwürdiges Dasein zu erringen, so wird der schließlich Erfolg doch alle Mühe reichlich lohnen.

Wätern nicht mehr mit dem Schwerte auszutragen, sondern durch internationale Schiedsgerichte zu schlichten. Die Kulturwelt ist des Krieges müde, weil er zuviel Opfer an Menschenleben fordert und zu großes Unheil anrichtet, sie empfindet immer deutlicher, daß der Krieg nur zerbrechend wirkt, niemals aber etwas Neues schaffen kann. Auch die fortwährenden steigenden Kosten der Kriegsvorkämpfe machen sich immer mehr als Kulturzerrisse bemerkbar. Wenn trotzdem noch die Kriegsheber manchmal so großen Anklang finden, so erklärt sich dies daraus, daß noch in viel zu vielen Menschen die uralten Instinkte wach sind. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dem Gedanken, die internationalen Verwicklungen nicht durch Gewalt, sondern durch Rechtsmittel aus der Welt zu schaffen, die Zukunft gehört. Wenn dieser Gedanke heute noch als Utopie bezeichnet wird, so weisen wir darauf hin, daß die Utopie von heute die Wirklichkeit von morgen ist. Wer hätte vor ein paar hundert Jahren, im Zeitalter des Faustrechts in Deutschland, daran gedacht, daß die fortwährenden Kämpfe aller gegen alle beseitigt und durch Gerichtsurteile ersetzt sein würden? Man hätte ihn einen Träumer, einen Utopisten genannt. Und heute ist dieser Traum Wahrheit geworden.

Auch in den inneren Kämpfen eines Volkes, in den Bürgerkriegen und Klassenkämpfen, bemerken wir deutlich die Entwicklung zu milderer Formen. Im Altertum wurden die sozialen Interessengegensätze zwischen Sklaven und Herren, zwischen Patriziern und Plebejern, zwischen Proletariern und Großgrundbesitzern in gewaltigen Formen, unter Mord und Missetat, zum Austrag gebracht. Im Mittelalter führten Bauern und Grundherren einen erbitterten Krieg und die Sieger übten blutige Rache. Die besiegten Herren wurden von den ergrimten Bauern mit Knütteln folgeschlagen oder durch die Spieße gejagt, die besiegten Bauern wurden in die Erde gegraben und man machte ihnen die Köpfe ab. Noch zu Beginn der modernen kapitalistischen Gesellschaft spielten sich die sozialen Kämpfe zwischen Kapital und Proletariat in rohen Formen ab: Die Fabriken wurden in Brand gesteckt, die Maschinen entzweigefschlagt, die Kapitalisten über den Häufen geschossen, auch die Arbeiter wurden mit dem Polizeiknüppel niedergeschlagen und durch wohlgezielte Schüsse umgebracht. Heute ist das ganz anders geworden, heute kämpfen wir nicht mehr mit brutaler Gewalt gegen die Person oder das Eigentum der Unternehmer. Selbst bei langwierigen, erbitterten wirtschaftlichen und politischen Kämpfen legen wir Wert darauf, daß Ruhe und Ordnung herrscht, und wenn es trotzdem zu Ausschreitungen kommt, so sind dies Ausnahmen, die wir mißbilligen. Wenn man einen Vergleich zwischen den sozialen Kämpfen einstmals abspielen und wie sie sich heute abspielen, so sehen wir auch deutlich die Entwicklung vom Gewaltkampf zum Rechtskampf. Ob sich die Gewalt unter allen Umständen wird ausschalten lassen, kann man nicht mit Bestimmtheit sagen, vielleicht wird sie als Abwehr- und Verteidigungsmittel immer den Wert behalten, aber soviel steht wohl außer allem Zweifel, daß die Zeit kommen wird, in der wir unter dem Banner des Rechts kämpfen und im Zeichen des Rechts liegen werden. Und darum bedeutet es einen Rückschritt in überwindene Zustände, wenn man uns heute Kampfmethoden empfiehlt, die einer vergangenen, tiermenschenlichen Entwicklungsstufe angehören.

Soziales.

Miete und Einkommen. Ueber das Verhältnis von Einkommen, Wohnungsgröße und Miete veröffentlicht die „Hausbesitzer-Zeitung“ eine Auseinandersetzung mit der geführten Behauptung, dass der Anteil der Wohnungsmiete am Einkommen um so höher ist, als das Einkommen geringer wird.

Die gleiche Tendenz stellte das Sächsische Statistische Landesamt für 16 sächsische Städte fest, in denen allerdings der Prozentsatz selbst etwas niedriger ist.

Aber nicht nur der Anteil der Miete am Einkommen ist bei den ärmeren Schichten der Bevölkerung höher als bei den Reichtümern, sondern die Miete wird auch um so höher, je kleiner die Wohnung ist.

Es ist also nichts mit der von manchen Hauswirten so gern gepriesenen Aufopferung für die kleinen Mieter.

Ritzbrand. Nach der vom Reichsgesundheitsamt aufgenommenen Statistik sind im Jahre 1911 276 Personen an Ritzbrand erkrankt, gegenüber dem Jahre 1910, in welchem 287 Ritzbrandfälle vorkamen.

In unmittelbarer Zusammenhang mit der Ausübung des Berufs fand die Erkrankung in 257 Fällen. In erster Stelle sind hier die landwirtschaftlichen Betriebe zu nennen.

Bei den zwei Erkrankungen in Porzellan- und Tierbaufabriken konnte festgestellt werden, dass die Erkrankten von ausländischem Material, Porzellan- bzw. Holzwaren, im Verkehr gekommen waren.

Zur „Volksfürsorge“ hat bisher die oberste Reichsbehörde keine Beschlüsse zur Erhaltung des Gesundheitsstandes und nicht erlassen.

Gründung der „Volksfürsorge“ am 10. Dezember erfolgt und am 18. Dezember sind die erforderlichen Materialien beim Aufsichtsamte eingereicht worden.

Eine Petition betreffend die Dichtung der Herbst- und Winterbauten haben die baugewerblichen Gewerkschaften in Berlin an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gerichtet.

Vom 1. November bis 1. April dürfen Stuckateur-, Maler-, Ruder- und Töpferarbeiten in Neubauten nur dann ausgeführt werden, wenn die Räume, in denen gearbeitet wird, durch Türen und Fenster verschlossen sind.

Diese Bestimmung bedeutete einen anerkanntswerten Fortschritt gegenüber einer früheren vom Jahre 1800, wonach die Schutzfrist nur vom 15. November bis 15. März, also über vier Monate, laufen sollte.

In allen Bauten oder Umbauten, in denen vom 1. Oktober bis 1. April baugewerbliche Arbeiter beschäftigt werden, müssen die Fenster und Türen verschließbar sein.

Provisorische Dichtungen und Verschlüsse sind als genügend zu erachten. Bei besonderen Bauverhältnissen kann auch mit Zustimmung der Behörden gestattet werden, daß nur die Räume oder der Teil des Hauses, wo gearbeitet werden soll, gedichtet wird.

Während der angegebenen Zeit ist der Bau oder die Anwendung von offenen Koksfeuern zum Erwärmen oder Trodnenheizen der Räume ist verboten.

Da sich die preussische Regierung für diese gewis nicht unbedenklichen und durchaus berechtigten Wünsche der baugewerblichen Arbeiter erwärmen wird, steht bei dem gegenwärtigen sozialpolitischen Kurs allerdings noch sehr in Frage.

F. W. vom Bergmann zum Premierminister. Mr. J. Scaddan, der Premierminister von West-Australien, der augenblicklich in London weilt, um finanzielle Abmachungen für seine Regierung zu treffen, hat eine sehr bewegte Vergangenheit.

Seine Eltern stammten aus dem Westen Englands, aus der Grafschaft Cornwall, von wo sie vor mehr als hundert Jahren nach Süd-Australien ausgewandert. Die erste Zeit der Vater in den Kupferminen. Die Familie zog aber bald nach den neu entdeckten Goldfeldern von Victoria, wo auch der junge Scaddan in der Bergwerken in Arbeit trat.

lament eine transkontinentale Eisenbahn zu bauen, und dabei Scaddan wieder den Truiss gegenüber sah, errichtete die Regierung eigene Schneidemühlen in den Wäldern West-Australiens, um die Eisenbahnschwellen selbst herzustellen.

Wenn werden wir es in Preußen-Deutschland erleben, daß ein intelligenter Arbeiter, gestützt auf eine freie demokratische Konstitution, sich bis zum ersten Weimarer des Staates emporarbeiten kann?

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbetrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. April beträgt in Eisenach 80 Pf., Friedberg i. S. und Unna 70 Pf., Meiningen 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 12. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig geworden.

Neue Zahlstellen wurden gegründet in Rogasen, Goch, Wolfis, Mitwih, Schwersenz und Wingen.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 73502 A. Noamann, Knopfm., geb. 25. 8. 76 zu Frankenhäufen.
75738 Mari Meyer, Tischler, geb. 24. 2. 75 zu Offheim.
90061 G. Müller, Polierer, geb. 31. 12. 82 zu Schönheide.
90109 S. Schäfflich, Arbeiter, geb. 18. 9. 80 zu Schönheide.
130082 J. Schmidt, Tischl., geb. 31. 1. 78 zu Erdmannshausen.
171449 Karl Kollasch, Tischl., geb. 24. 1. 78 zu Freienwalde.
184865 Ph. Wegenstein, Tischl., geb. 5. 6. 79 zu Mansfeld.
210483 Max Müller, Drechsler, geb. 20. 3. 69 zu Halle.
235095 Ludwig Wurdach, Tischl., geb. 10. 12. 86 zu München.
313279 Alfred Walbert, Polier, geb. 18. 11. 79 zu Madenau.
316492 Emil Thielecke, Tischl., geb. 0. 5. 88 zu Humpert.
320150 Elsa Mödel, Einzelier, geb. 8. 9. 82 zu Schönheide.
419998 Gustav Franz, Tischler, geb. 6. 7. 51 zu Ober-Olm.
530200 Em. Großmann, Tischl., geb. 31. 8. 60 zu Friedeburg.
562832 Karl Gedmana, Tischl., geb. 24. 1. 86 zu Wommen.
588872 G. Mödel, Bürst.-Arb., geb. 3. 7. 84 zu Schönheide.
600034 M. Flemmig, Bürst.-Arb., geb. 5. 5. 04 zu Schönheide.
601529 Alf. Berger, Tischl.-Arb., geb. 1. 4. 61 zu Rommich.
602835 Stanislaw Kluge, Tischl., geb. 22. 4. 80 zu Schwertberg.
608411 Josef Jech, Tischler, geb. 12. 9. 05 zu Gausstahl.
636937 Elsa Müller, Einzelier, geb. 30. 4. 96 zu Carlsefeld.
638835 Eddy Müller, Einzelier, geb. 24. 8. 93 zu Carlsefeld.
638881 Eddy Schmidt, Einz., geb. 27. 7. 96 zu Stühengrün.
638860 Henr. Mayer, Einzelier, geb. 15. 1. 86 zu Schönheide.
638891 Bertha Mayer, Einz., geb. 28. 6. 07 zu Schönheide.
641159 Guido Kriebel, Hilfsarb., geb. 12. 5. 60 zu Regau.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Wingen a. Rh. Nach langer unermüdlicher Kollationsarbeit ist es hier gelungen, die vor 15 Jahren eingegangene Zahlstelle wieder neu zu gründen. Die hiesige von Natur Schönheit prägende Gegend ist das Ziel so mancher reisenden Kollegen.

Freiburg i. S. Der Betrieb der Bürsten- und Pinsel-Fabrik Gebr. Streubel, über dessen gesundheitliche Zustände wir antäglich eines Ritzbrandfalles an anderer Stelle des Blattes berichteten, gehört aber auch in den sonstigen Arbeitsbedingungen zu den zünftigsten seiner Art.

übertragen worden. Durch diesen Auftrag wäre es den Arbeitern möglich gewesen, wieder voll zu arbeiten, da wegen Arbeitsmangels verkrüppelt gearbeitet und dadurch der ohnehin schon kärgliche Verdienst noch bedeutend geschnitten wurde. Des heiligen Profits willen hat es aber die Firma vorgezogen, die Arbeiter zum großen Teil außerhalb des Betriebes aufzufertigen zu lassen, jedenfalls zu einem noch niedrigeren Lohnsatz, als der in der Fabrik übliche. Auch die Korrekturen anstatt Bräunsdorf fertigt fortgesetzt Arbeiter für die Firma am Wit vollstem Recht haben sich die Würstchenmacher-Zusammenschlüsse von Dresden und Berlin gegen diese Antikonturen beschwerdebringend an die Regierung gewandt. Jedoch, wie es scheint, ohne jeden Erfolg. Angesichts solcher Zustände ist es geradezu als Selbstmord zu bezeichnen, wenn diese Arbeiter noch länger auf ihr Organisationsrecht verzichten.

Salle. (Stellmacher.) Auf der letzten Stellmacherkonferenz lagen verschiedene Anregungen vor zur Klärung der Statistik und sind auch diesbezügliche Beschlüsse gefasst worden. Der anwesende Vertreter des Hauptvorstandes versprach, dahin zu wirken, daß in Wölde eine Statistik aufgenommen würde. Aber leider ist es bis heute noch nicht gelungen. Deshalb hat die am 15. März stattgefundene Sektionsversammlung beschlossen, für den nächsten Ort eine Statistik unter den Stellmachern vorzunehmen. Des weiteren wurde beschlossen, bei dem Hauptvorstand zu beantragen, eine allgemeine Statistik für alle Branchen der Stellmacher baldigst in die Wege zu leiten. Die letzten von der Sektion Hannover beantragte statistische Aufnahmen der Waggonbranche kann uns nicht befriedigen, nur eine allgemeine Statistik kann vollen Wert haben. Wir bitten alle Sektionen auch ihrerseits Stellung hierzu zu nehmen und unseren Antrag zu unterstützen. Im weiteren wünschen wir, daß das Fachblatt baldigst erscheinen möchte.

Hamburg. (Politikischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 8. März, bis Freitag, den 14. März 1913.

Branchen	In d. Woche befreite Arbeitsstellen	Am Wochenschluß vorhanden	
		offene Arbeitsstellen	gemeindefreie Arbeitslose
Bauhilfsarbeiter inkl. Anschläger	93	—	888
Möbelschneider	11	—	108
Maschinenarbeiter	0	—	85
Walterer inkl. Weizer	10	—	5
Drechsler	1	—	1
Sonstige Branchen	4	—	87
Zusammen	228	—	500

Hauslautern. Die Fische-Werke haben im Werk 2 (Nordbahnhof) einen gelben Werkverein gegründet. Dessen Mitglieder erfreuen sich der Gunst ihrer Vorgesetzten und haben nichts zu fürchten, wenn dieselben für ihren Verein bei der Arbeit agitieren. Zeigen sich die Arbeiter hierbei nicht zugänglich, dann sind ihre Tage gezählt. Nicht ehm, daß die Arbeiter, wie es früher der Fall war, sofort entlassen werden, nein, man hat jetzt gelernt, mit Hilfe der Arbeitsordnung sich mißliebiger Arbeiter zu entledigen. So werden zum Beispiel Arbeiter, die als Lager eingestellt wurden und sich im Laufe der Jahre an den Maschinen eingearbeitet haben, beliebig an eine andere Arbeit mit niedrigerem Verdienst gestellt, wenn sie sich den gelben Vereinen gegenüber unzugänglich zeigen. Damit wird man natürlich den Mann am leichtesten los. Dabei sind die Löhne im Betriebe ohnedies so, daß sich manche Arbeiter schämen, ihren Verdienst anzugeben. Löhne von 2,30—2,70 Mk. pro Tag sind keine Seltenheiten, nur im Afford wird bei äußerster Anstrengung etwas mehr verdient. Während bei den Arbeitern auf strenge Ordnung gehalten wird, darf in der Sägerei ein Herr Storch aus Meißingen unter den Augen des gelben Meisters einen schamhaften Handel mit Fahrrädern, Grammophonen und Taschenlampen treiben. Wöse Jungen behaupten, daß dies der Meister nicht sieht, weil ihm ab und zu mit Kleinigkeiten die Augen zugedrückt werden. Während Meister und Verarbeiter gegen die Gewerkschaften arbeiten, hat jüngst Herr Direktor Fische bei der Stadtwahl eine Erklärung abgegeben, daß er an dem Koalitionsrecht der Arbeiter nicht rüttelt. Wenn also von der Betriebsleitung nichts eingewandt wird, warum fürchten sich so viele Arbeiter vor den gelben Denunzianten? Die Arbeiter sollten lächeln und fänders aus dieser Erklärung die Rückwendung ziehen und sich dem Verband anschließen, dann könnte im Betriebe manches besser werden.

Mühlberg. Die Zeiten sind jetzt hier so schlecht, daß man sich nur wundern muß, wie ein Familienvater bei drei bis vier Kindern mit 14 bis 16 Mk. noch auskommen kann. Gerade in der Holzbranche finden sich noch die schlechtesten Löhne. Trotzdem man hier nur Handarbeit kennt, kann man sich nie dazu aufraffen, sich bessere Löhne und Arbeitsverhältnisse zu verschaffen. Der Indifferentismus unter den Holzmachern ist noch sehr groß. Mancher drückt sich lieber in irgendeinem Vereinchen herum, als daß er sich mit seinen Kollegen zusammenschließt. Er könnte ja wohl beschrien werden und dürfte dann beim Parade- marsch oder sonstigen nicht mehr mitmachen. Wenn die Meister heute vorreden, wo anders würde noch weniger als hier verdient, so ist das eitel Gummig. Wir haben hier am Orte schon dreierlei oder gar viererlei Löhne, die durch die unterschiedlichen Maße noch weiter differieren. Was aber eine Werkstelle zahlt, muß doch die andere auch können. Die schlecht zahlenden Meister wissen aber ganz genau, was für Schäden sie haben. Denen können sie ja alles erzählen, denn die Leiden ja nicht. Das wird auch nicht anders werden, ehe diese Kollegen ihre Gleichgültigkeit ablegen und sich dem Verband anschließen.

Danienburg. Da die Mitgliederversammlungen der Fabrik sehr schlecht besucht werden, sehen wir uns veranlaßt, die Kollegen darauf aufmerksam zu machen, daß wir durch reichlichen Versammlungsbesuch die Verhältnisse sowie die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden können. Die Versammlungen finden jeden zweiten Sonnabend im Saal im „Waldhaus“, Sandhausen, Sägermühl, H. Hart. Da wir am Orte sehr dauernd mit Revisionen zu tun haben, eruchen wir die zureisenden Kollegen, sich

stets erst bei der Fabrikverwaltung zu erkundigen, ehe sie sich nach Arbeit umsehen.

Kobershan bei Wartenberg. Bei der Firma Arthur Dentler arbeiten die Drechsler alle im Afford, ohne die Lohnsätze für die einzelnen Metalle zu kennen. Wöchentlich wird geschuftet, ohne daß am Lohnsatz der Arbeiter etwas zu sehen ist. Die Drechsler sind nicht glücklich, weil keiner der im Betriebe beschäftigten Arbeiter organisiert ist. Der Firmeninhaber schaut sich aber nicht bei der gegenwärtigen Forderung, noch Lohnabgabe zu machen. Da jeder Drechsler sein eigenes Werkzeug haben muß, sieht es immer faulisch aus, wenn ein Arbeiter, der diesem Vorhaben Rücken kehrt, mit Werkzeugen verpackt, den Betrieb verläßt. Öffentlich bewiesen die Maßnahmen des Herrn Dentler, daß seine Arbeiter immer mehr zur Einsicht kommen, daß sie ihre Interessen selbst vertreten müssen, weil auf das so viel geprüfene gute Zeug des Chefs kein Verlaß ist. Der Anfang dazu ist damit gemacht, daß sich nichtorganisierte Drechsler keine Abzüge gefallen lassen, weil sie ihre Familien nicht hungern lassen wollen. Eines Tages wird Herr Dentler auch seinen unorganisierten Arbeiter mehr bekommen, denn die niedrigen Löhne in Verbindung mit langer Arbeitszeit treiben ja die Drechsler in die Organisation.

Unsere Lohnbewegung.

Der Abschluß des Kampfes in der Wemeler Holzindustrie. Der nunmehr beendete Kampf in der Holzindustrie in Wemel hat insbesondere des Umstandes wegen, daß mehrere rivalisierende Organisationen daran beteiligt waren, so eigenartige Erscheinungen gezeigt, daß es sich rechtfertigt, auch an dieser Stelle des Näheren darauf einzugehen. Aus wird dazu geschrieben:

Am 8. März ist nach 10wöchiger Dauer der Kampf in der Wemeler Holzindustrie, an welchem circa 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren und unsere Organisation mit circa 500 Personen in Frage kam, beendet worden. Von vornherein müssen wir bemerken, daß sowohl unsere Kollegen in den Betrieben, in welchen wir aktiv in Frage kommen, von den herausgeholt Zugeländnissen der Arbeitgeber befriedigt sein können und es auch sind. Die durchschnittliche Zulage schwankt zwischen 12 und 15 Prozent. In einzelnen Abteilungen der Schälwerke geht die Erhöhung noch darüber hinaus. In nur drei Gruppen von circa 20 Beschäftigten in einer Fabrik beträgt die Erhöhung nur 8 Proz. Doch ist hierbei zu berücksichtigen, daß hier seither schon höhere Verdienste erzielt wurden.

Bei dieser Bewegung kam es für uns darauf an, endlich einmal eine gründliche Regelung im Lohn und Arbeitsverhältnis in den beiden Schälwerken vorzunehmen. Das ist uns voll und ganz gelungen. Bisher waren die Einstellungslohne 28 Pf., in den seltensten Fällen wurden 30 Pf. gezahlt. Verheiratete Arbeiter mußten mit einem Lohn von 28 Pf. pro Stunde nach Hause gehen. Wir haben es durchgesetzt, daß sowohl der Einstellungslohn für alle über 20 Jahre alten Arbeiter 32 Pf. sein muß, steigend im Laufe der Vertragszeit auf 36 Pf. Dieses ist eine Erhöhung der Löhne sofort um 4 Pf., im Laufe der Vertragszeit um 7 Pf.; auch für jugendliche und weibliche Arbeiter haben wir grundlegende Lohnverhältnisse erzielt. Bisher konnte diese Gruppe nach Belieben entlohnt werden, 18 und 17 Pf., letzteres selten, waren die Löhne für Weibliche und Jugendliche. Jetzt steigt der Lohn für Weibliche innerhalb der Vertragszeit nach einem bestimmten Schema auf 19 Pf., für Jugendliche bis 20 Jahre ebenfalls nach einem bestimmten Schema bis 30 Pf. pro Stunde. Wenn man berücksichtigt, daß das Unternehmen die Arbeiterchaft ausgesperrt hat, um die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern, daß die Herren nicht im entferntesten daran dachten, Zugeländnisse zu machen, ja sogar noch verlangten, die bestehenden Verträge auf drei Jahre ohne Änderungen zu verlängern, so ist der Erfolg der Bewegung für uns, für den Deutschen Holzarbeiterverband, um so höher zu bewerten. Mit Recht können wir behaupten, daß der Deutsche Holzarbeiterverband seine Feuerprobe hier im Osten und in der Holzindustrie in Wemel im Besonderen, bestanden hat. Der Deutsche Holzarbeiterverband führt Lohnkämpfe nicht aus agitatorischen Gründen, sondern um die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder aufzubessern. Die Erfolge aus solchen Kämpfen bringen die agitatorischen Momente von selbst in den Vordergrund.

Nicht unliebsame Ereignisse sind es aber, die die Bewegung für die Arbeiter auf den Holzplätzen zeitigte. Vorweg wollen wir hier bemerken, daß der Erfolg bei einer einheitlichen Organisation ein anderer gewesen wäre. Um die auf den Schneidemühlen beschäftigten Holzarbeiter streiten sich drei Organisationen, außer dem allein zuständigen Holzarbeiterverband, erheben auch die Verbände der Fabrikarbeiter und der Transportarbeiter Anspruch auf die hier beschäftigten Holzarbeiter. Bezüglich der Lohnbewegung müssen wir feststellen, daß für unsere Kollegen, für die Schneidemüller und Kreiser die Forderungen ebenfalls durchgesetzt sind. Die Arbeiter waren nicht mit den Zugeländnissen zufriedengestellt. Dieses waren aber die Folgen einer Agitationsmethode, wie sie von den Verbänden der Transportarbeiter und Fabrikarbeiter angewendet wurden und die sich nun gerächt hat. Wenn dann aber die Funktionäre dieser Organisationen herkommen und erklären, daß der Deutsche Holzarbeiterverband für die Arbeitsaufnahme war und sie, die anderen Verbände, sich ihnen mühten, dann schlägt es den wahren Tatsachen ins Gesicht. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, das Protokoll der Verhandlungen, welches diese Funktionäre ebenfalls in der Hand haben, zu zitieren. Es heißt dort:

Die anwesenden Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer machen sich für die vorstehenden Abmachungen verständlich. Offen stehen noch die Vereinbarungen mit der Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung und mit der Firma Kraus (letztere beide Fabriken sind Schälwerke, in welchen der Deutsche Holzarbeiterverband alleine in Betracht kommt). Es wird vereinbart, daß die obigen Abmachungen von 1 bis 12 nur in Kraft treten sollen, wenn auch die Verhandlungen bei der Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung und bei der Firma Kraus zu einem Abschluß gekommen sind. Klipp und klar ist hier gesagt, daß die Verhandlungen für die

Holzplazarbeiter erledigt waren, und es sich nur um die beiden für uns in Betracht kommenden Betriebe handelte.

Sie können wie aber mit gutem Recht gegen die anderen Organisationen den Vorwurf erheben, daß sie bei der Verhandlung leichtfertig gehandelt haben. Während es bei uns gang und gäbe ist, daß bei den Verhandlungen unsere Kollegen aus den Betrieben herangezogen werden, haben die anderen Verbände es abgelehnt, ihrerseits ihre Kollegen zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, trotzdem von unserer Seite darauf hingewiesen wurde, daß es praktisch wäre, wenn die Vertrauensleute an den Verhandlungen teilnehmen. Unsere Warnung wurde aber in den Wind geschlagen. Trotzdem die Verhandlungen für die Arbeiter auf den Holzplätzen bereits am 28. Februar beendet waren, haben es die Funktionäre der Verbände der Fabrikarbeiter und der Transportarbeiter unterlassen, ihre Kollegen zu unterrichten. Erst am 7. März, am Tage vor Abschluß der Verhandlungen, haben sie Bericht erstattet und dabei gesagt, die Holzarbeiter sind mit ihren Leuten fertig und haben beschlossen, die Bedingungen anzunehmen. Gewiß haben unsere Kollegen sich für den Abschluß auf Grund der Resultate der Verhandlungen erkärt, nachdem sie das Ergebnis der Verhandlungen angenommen hatten. Dabei haben wir aber betont, daß es nur für die von uns vertretenen Kollegen gilt. Wenn die Holzarbeiter nicht einig sind, werden unsere Kollegen ihnen solidarisch zur Seite stehen. Jetzt herkommen und die Schuld auf uns zu schieben, ist eine arge Jesuiterei.

Wenn wir das Fazit der Lohnbewegung ziehen, so müssen wir betonen, daß gerade durch die Zerissenheit im Organisationsverhältnis unter den Holzarbeitern der Schneidemühlen ein solch wenig zufriedenstellendes Resultat erzielt ist. Wögen die Holzarbeiter Wemels und an anderen Orten daraus lernen und sich der Organisation, die für Holzarbeiter zuständig ist, dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen.

In Ahrensberg l. Vr. Ist der Kampf mit der Untergießerei, an dem auch einige Modellische beteiligt waren, am 12. März nach 10wöchiger Dauer beendet worden. Die Direktion hatte derzeit im Oktober 1912 sämtliche 870 Arbeiter des Betriebes ausgesperrt, weil diese sich weigerten, die Arbeit der streikenden Holzarbeiter zu verrichten. Die sofort herangezogenen Berufs-Streikbrecher konnten aber die eingelegten Kräfte nicht ersehen. Nachdem nun die Direktion diese ihr recht keine Lehre durchgeföhrt hat, ließ sie endlich mit sich reden. Die beiderseits unterzeichneten Abmachungen besagen nun, daß die früher auf dem Werk beschäftigten Holzarbeiter zu dem alten Lohn von 35 Pf. die Stunde wieder eingestellt werden, jedoch mit der ersten Lohnzahlung eine einmalige Teuerungszulage von je 21 Mk. erhalten. Unter der Voraussetzung, daß die Teuerung anhält, erhalten alle Holzarbeiter ab 1. Juli eine Lohnzulage von 8 Pf. die Stunde. Bevor die Einstellung aller ausländigen Arbeiter erfolgt ist, gibt es keine Neueinstellungen. Die Arbeiter sollen in keiner Weise zum Eintritt in den Werkverein angehalten werden. Es wurde also hier durch Einigkeit und Ausdauer ein ehrenvoller Friede errungen.

In Leipzig befinden sich die Stellmacher in den Karosseriefabriken in einer Lohnbewegung. Der seitherige Vertrag ist am 1. Februar gekündigt worden. Als am 30. Februar den Unternehmern die Forderungen für die einzelnen Branchen unterbreitet wurden, stellte sich in den Betrieben plötzlich das Bedürfnis nach Ueberstunden heraus. Unsere Kollegen lehnten während der Kündigungszeit die Leistung von Ueberstunden ab und nun bemühen sich die Unternehmer lebhaft, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen. Aus mancherlei Maßnahmen in den Betrieben sowie auch aus der Antwort der Unternehmer auf die eingereichten Forderungen ist zu schließen, daß beabsichtigt wird, die Ueberarbeit einzuführen. Hierfür fehlen jedoch in Leipzig alle Voraussetzungen. Allem Anschein nach wird es beim Ablauf des Vertrages am 1. April zum offenen Kampf kommen. Da die Suche nach auswärtigen Arbeitern jetzt anscheinend mit verstärktem Eifer betrieben wird, u. a. kommt aus Frankfurt die Meldung, daß dort Kastenmacher nach Leipzig gesucht werden, machen wir darauf aufmerksam, daß es hier an Arbeitskräften keineswegs mangelte.

In Solingen wurden seitens der Schälwerke in der sechs in Frage kommenden Arbeitgebern Forderungen in bezug auf eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit, einheitliche Affordpreise, Vorkassezahlung der Ueberzeitarbeit und einige sonstige mehr nebensächliche Wünsche unterbreitet. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in den einzelnen Betrieben grundverschieden; eine Regelung derselben liegt demzufolge genau in demselben Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. Sollten die Arbeitgeber auf die Forderungen nicht reagieren, so dürfte die Kündigung seitens sämtlicher Kollegen unvermeidlich sein. Die Schälenschneider, besonders in der Umgebung von Solingen, seien auf die Bewegung aufmerksam gemacht, damit sie ihren kämpfenden Kollegen nicht in den Rücken fallen.

In Wülster (Holstein) wurde bei einem Vertragsabschluss im Jahre 1907 mit den Tischlermeistern vereinbart, daß Kopf und Logis beim Meister nicht zulässig ist. Der Vertrag ist zwar Ende 1909 abgelaufen, aber die Meister mit Ausnahme des Herrn Gustav Rau erkennen die derzeitigen Vereinbarungen noch als zu Recht bestehend an. Letzterer hat vor einiger Zeit das Kopf- und Logiswesen wieder eingeführt und leider sind die dort beschäftigten Kollegen hierauf eingegangen. In einer Unterredung, die der Vorsitzende mit Herrn Rau hatte, wollte sich letzterer nicht dazu verstehen, dieses System zu beiseitigen und ist deshalb seitens der Einzelmitglieder in Wülster über den Betrieb die Sperre verhängt. Wir bitten die reisenden Kollegen, dieses zu beachten.

Ausland.

Stichtlerkeit in London. Vom Vorstand des englischen Möbelschneiderverbandes wird uns mitgeteilt, daß die Weibliche, Stuhlbauer und Maschinenarbeiter in den Tischlereien im Westen Londons sich im Streit befinden. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden auf 45 Stunden pro Woche. Unsere englischen Kollegen eruchen, den Zugang nach London streng fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie

Die Nürnberger Bleistiftfabrikanten möchten aus der Brauntweinsteuerbefreiungsordnung einen kleinen Vorteil erzielen. Das Brauntweinsteuergesetz besagt in seiner jetzigen Fassung, daß der Bundesrat ermächtigt ist, für Brauntwein, der zur Herstellung gewisser, im Gesetz bezeichneter Produkte unvollständig vergällt wird, die Vergällung für vollständig vergällten Brauntwein zu gewähren, jedoch nicht mehr als 20 Mt. für den Hektoliter Alkohol. Auf Grund dieser Bestimmung hat der Bundesrat beschlossen, daß die Vergällung für unvollständig vergällten Brauntwein, der für die genannten Zwecke verwendet wird, 20 Mt. per Hektoliter Alkohol beträgt, während für unvollständig vergällten Brauntwein, der zu anderen Zwecken verwendet wird, nur 14 Mt. vergütet wird. Die Bleistiftfabrikanten haben sich nun durch Vermittlung der Handelskammer Nürnberg unter dem 12. Oktober 1912 an den Reichstag mit der Bitte gewandt, die Bleistiftindustrie unter die Gewerbe aufzunehmen, denen für den in ihren Betrieben verwendeten unvollständig vergällten Brauntwein eine Steuererüchtigung von 20 Mt. für das Hektoliter Alkohol gewährt wird. Für den Laien ist es sehr schwer, sich in den komplizierten Vorgängen der Brauntweinsteuerbefreiungsordnung zurechtzufinden. Doch ist der Sinn der fraglichen Petition klar: Die Bleistiftfabrikanten wollen den Spiritus, den sie verwenden, um 6 Mt. pro Hektoliter billiger haben, als sie ihn jetzt bezahlen müssen.

In der Petitionskommission des Reichstages, deren Vorsitz uns vorliegt, hat der Wunsch der Bleistiftfabrikanten Verständnis gefunden. Sie beantragt, der Reichstag möge die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung überweisen. Das ist allerdings ein heilseliges Maß der Verantwortung. Ob jedoch die Petition Erfolg haben würde, selbst wenn der Beschluß auf Ueberweisung zur Berücksichtigung ginge, ist noch fraglich, denn die Regierung sieht der Angelegenheit wenig sympathisch gegenüber. Ihr Vertreter führte in der Kommission aus, daß in der Bleistiftindustrie zum Polieren der Bleistifte Brauntwein verwendet wird, der mit Terpentinöl unvollständig vergällt ist. Aus einem Liter Alkohol und den sonst noch erforderlichen Stoffen wird eine Menge Lack hergestellt, die ausreicht, um 2500-3000 Bleistifte zu polieren. Hierfür würde die Erparnis 6 Pfennige betragen. Das wäre nur ein geringer Vorteil, aber unter Berufung auf die Bleistiftfabrikanten würden auch andere Gewerbetreibende eine Erhöhung der Vergütung verlangen. Die Regierung lehnt also das Verlangen der Bleistiftfabrikanten ab und so wird wohl ihre Petition erfolglos bleiben. Erwünscht wäre es trotzdem, daß nicht nur für die Bleistiftindustrie, sondern überhaupt der Preis des für technische Zwecke verwendeten Spiritus herabgesetzt würde.

Aus den Jahresberichten der Zählstellen. Zu den kleineren Zählstellen, die mit einem eigenen gedruckten Bericht an die Öffentlichkeit treten, gehört Brandenburg, das jetzt 164 männliche und 46 weibliche Mitglieder zählt. Eine Uebersicht ergibt, daß in den einzelnen Betrieben insgesamt nur noch etwa 100 Unorganisierte stehen, die für uns in Betracht kommen. Der größte und ausschlaggebende Betrieb am Orte ist die Kunderwagen- und Fahrradfabrik Gebr. Reichert, die allein in der Holzbranche 155, in der Stellmacherei 216 und in einer Schneidmühle 56 Personen beschäftigt, während auf der anderen Seite 33 Tischlereien zusammen nur über 136 Arbeiter herztügen. Die Vergolder sind ebenfalls mit zwei recht namenswerten Betrieben und zusammen 108 Erwachsenen und 10 Jugendlichen vertreten. Die Zählstelle hat im letzten Jahre eine Zunahme von 21 Mitgliedern erzielt. Sie verfügt jetzt über ein Vermögen von 1531 Mt.

Weniger reich ist die Zählstelle Bremerhaven, die bei rund 1200 Mitgliedern am Jahresende 6325 Mt. befaß. Sie hat aber im letzten Jahre recht erhebliche Aufwendungen für Lohnkämpfe machen müssen. Seit dem 6. Juni 1912 stehen die Tischler im Streit, der noch heute weitergeführt wird, um endlich den Zehnjährvertrag in den Unterwerkstätten zu durchbrechen. In Streiktagen wurden neben 1745 Mt. aus der Hauptkasse noch 9753 Mt. aus örtlichen Mitteln verausgabt. Heftig die Entwicklung der Mitgliederzahl gibt der gedruckte Bericht leider keine Auskunft. Damit werden eingehend die Verhandlungen mit den Schiffwerften geschildert. Zu erwähnen ist, daß der Norddeutsche Lloyd durch Tarifvertrag eine Erhöhung der Einstellungslöhne für Schiffszimmerer von 47 und der Tischler von 48 auf jetzt 53 Mt. zugestanden hat, welcher Satz in den beiden ersten Berichtsjahren der Vereinbarung um 4 Mt. steigt. Durch energisches Vorgehen ist es gelungen, die ganze Arbeitsvermittlung vom Zählstellenbureau aus zu dirigieren. Die wenigen Kollegen, die dessen Umfassung trotzdem verweigern, können am Jahresende ihre Arbeitsplätze bereits wieder verlassen. Aus einem besonderen Anlaß heraus hat die Zählstelle öffentlich gegen das mehrfach festgestellte Zusammenarbeiten einzelner Kollegen Stellung genommen.

Wahlverhältnisse in der Hüttenindustrie. Wieder hat diese gefährliche Verunsicherung der Hüttenmacher ein Opfer gefordert. In Freiberg i. S. fand am 19. März plötzlich ein Streik, der in der Hütten- und Eisenerzfabrik Bismarck zunächst die Hüttenmaschine bedroht hatte. Die Section der Leiche ergab als Todesurtheil die Rückzahlung. Nun ist aber erst vor einer Woche ein anderer Streik ausgebrochen, der die gleichen Betriebe unter ähnlichen Umständen verheerete. Der seit 29 Jahren dort arbeitete. Da dessen Witwe inaktive Beamtenzeit, ist auch über diesen Fall eine Untersuchung eingeleitet worden.

Jetzt, wo das Land in den Winter gefallen ist, soll dieser gegeben werden. Man hat sich möglichst der Winterzeit aus geschlossenen Schuttsystemen erziehen. Der Winter wurde einer gründlichen Reinigung unterzogen und die Holzwerke desolatiert. Auch der Kampf mit den Holzwerkzeugen hat endlich zum Ausbruch. Ein Streik wurde nicht erklärlich. Der Winter in Frage kommende Bereiche ist unklar, aber bei mangelnder genereller Organisation der Arbeiter auch die Schuttsysteme über den Schutz der wesentlichen Gesundheit unberücksichtigt. Wurde doch erst vor einem Jahre ein Arbeiter dieses Betriebs infolge Erkrankung der Baumorgane inaktiv, während ein aus der Holzwerkzeuge desolatiert, wobei ebenfalls als Folge der harten Streikverhältnisse betrachtet werden muß.

Warnung vor der Auswanderung nach Brasilien. Ansehts der vielen Versuche, die fortwährend unternommen werden, um deutsche Arbeiter zur Auswanderung nach Brasilien zu veranlassen, dürfte es interessieren, einiges über die dortigen Verhältnisse zu erfahren. Von einem Kollegen, der sich einige Zeit in Sao Paulo aufhielt, haben wir kürzlich ein Schreiben erhalten, in welchem dringend empfohlen wird, den Werben mit dem größten Mißtrauen zu begegnen. Da die Angaben unseres Gewährsmannes durch Mitteilungen aus anderer Quelle bestätigt werden, sei einiges daraus hier mitgeteilt. Es muß schon ein tüchtiger Tischler sein, der in Sao Paulo 7 bis 8 Mitrreis (1 Mitrreis = 2,10 Mt.) pro Tag verdient. Ein Tagelohn von 9 Mitrreis gehört zu den Seltenheiten. Es gibt aber in Sao Paulo viele Italiener und Portugiesen, die mit einem Lohn von 4,5 bis 5 Mitrreis zufrieden sind. Auf den ersten Blick könnten solche Löhne, verglichen mit den in Deutschland üblichen Löhnen, außerordentlich hoch erscheinen und vermutlich sind sie auch das. Die Lohnhöhe kann aber nur beurteilt werden im Verhältnis zu den Preisen der Lebensbedürfnisse.

Da ist in erster Linie die Wohnungsmiete zu nennen. Unter 80-100 Mitrreis pro Monat ist keine Wohnung zu bekommen. Und wer nicht über genügend Geld verfügt oder einen sicheren Bürgen stellen kann, findet überhaupt keine Wohnung. Wer ein Kind in die Schule schickt, muß monatlich 20 Mitrreis Schulgeld zahlen. Man darf aber ja nicht glauben, daß die Lebensmittel billig sind. Ein Kilo Schweinefleisch zweiter Sorte kostet etwa 1,20 Mitrreis, Kuhfleisch kann man allerdings schon für die Hälfte dieses Betrages erhalten. Für das Kilo Butter zahlt man 5 Mitrreis, man kann aber auch Schmalz erhalten, das Kilo zu 1,53 Mitrreis. Milch kostet pro Liter 0,60 Mitrreis. Wer sich den Luxus erlauben will, gute Wurst zu essen, muß für das Kilo 5-8 Mitrreis anlegen. Kartoffeln gibt es nicht viel; man zahlt für den Liter 0,20 Mitrreis. Die gangbarsten Nahrungsmittel sind Reis, der Liter zu 0,44 bis 0,49 Mitrreis, und schwarze Bohnen, die etwa 0,25 Mitrreis pro Liter kosten.

Diese Proben dürften genügen, um erkennen zu lassen, daß Brasilien für Arbeiter nichts weniger als ein Schlaraffenland ist. Dazu kommt, daß das Klima dem deutschen Einwanderer wenig zuträglich ist. Die politischen Verhältnisse sind auch nicht gerade verlockend. Die Polizei ist allmächtig und widmet sich mit besonderem Eifer der Verfolgung ausländischer Arbeiter. Lohnstreitigkeiten mit dem Unternehmer sind eine alltägliche Erscheinung. Der ausländische Arbeiter ist dabei stets im Nachteil, denn der Unternehmer braucht ihn nur als Unzufriedenen und Aufwiegler zu benutzen, um zu erreichen, daß ihn die Polizei von dem unbehaglichen Menschen befreit, der noch Lohn für seine Arbeit will.

Unser Gewährsmann macht noch darauf aufmerksam, daß ein Tischler, der in Brasilien arbeiten will, eigenes Werkzeug haben muß. Er gibt den Kollegen, die sich anwerben lassen wollen, den Rat, unter allen Umständen einen schriftlichen Vertrag abzuschließen, in welchem die Arbeiten, zu denen er sich verpflichtet, umschrieben sind und als Mindestlohn sollten 10 Mitrreis gefordert werden. Ob aber ein solcher Vertrag, der übrigens zu seiner Gültigkeit der Beglaubigung durch einen brasilianischen Konsul bedarf, ausreicht, um den Auswanderer vor Nachteil zu schützen, möchten wir noch bezweifeln. Deshalb sollte es jeder sehr gründlich überlegen, ehe er sich entschließt, nach Brasilien auszuwandern.

Gewerkschaftliches

Diebstahlige Verleumdung.

Die fortgesetzten Verleumdungen gegen die Gewerkschaften, in welchen sich in neuerer Zeit die Schanzmachersorgane gegenseitig zu überbieten suchen, haben jüngst den Kollegen C. Legien, als Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, zu einer scharfen Abwehr veranlaßt. In einer Notiz, die in der „Kreuzzeitung“ vom 28. Februar abgedruckt war, ist von der Ausnutzung der paritätischen Arbeitsnachweise durch die Sozialdemokratie“ und von der „Sabotage“ die Rede. Am Schlusse dieser Notiz heißt es:

Die Sabotage dagegen wird, wie es in der Natur der Sache liegt, heimlich vertrieben. Sie besteht ja darin, daß Arbeiter unter Einhaltung der Arbeitszeit ihre Tätigkeit so verrichten, daß sie das ihnen übertragenen Werk schädigen, statt es zu fördern. Wie schon der Name lehrt, ist diese Art gewerkschaftlicher Praxis vom Auslande zu uns importiert worden. Wird die Sabotage bei uns darum jetzt noch mit Zurückhaltung ausgeübt, so ist doch nicht zu bezweifeln, daß sie den Kampfmitteln der freien Gewerkschaften eingereicht ist. Die rote Presse leugnet diese Tatsache. Es dürfte ihr aber nicht unbekannt sein, daß unter den Vertrauensmännern der roten Gewerkschaftsbewegung ein Leitfaden zur Ausübung der Sabotage verbreitet worden ist. Darin ist beispielweise ausgesprochen, wie Arbeiter zu arbeiten haben, damit die Maschinen sich nach kurzer Zeit werfen; wie bei der Leitung von Gas- und Wasserleitungen zu verfahren ist, um möglichst viel unbrauchbare Rohabfälle zu erzielen, und so gibt es für praktisch alle Berufsähnliche Anweisungen. Nach den jetzigen sozialdemokratischen Behauptungen müßte dieser geheime Leitfaden ein Märchenbuchlein sein. Aber er wird doch vollkommen ernst genommen. Vielleicht erfahren wir gelegentlich von der Sozialdemokratie, was mit der Verbreitung dieser Schrift beabsichtigt ist.

Zur Hinsicht auf diese Notiz hat Legien in der Parteipresse eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, es liege im Allgemeininteresse, daß an Gerichtlichem keine Feststellung wird, ob das Behauptete der Wahrheit entspricht oder ob es zu dem Zwecke veröffentlicht worden ist, die öffentliche Meinung irre zu führen. Um diese gerichtliche Klarlegung zu ermöglichen, macht Legien folgende Ausführungen:

Unter freien Gewerkschaften versteht man in Deutschland allgemein die der Generalkommission angehörenden Zentralverbände, die gegenwärtig 2 1/2

Millionen Mitglieder haben. Nach den in der „Kreuzzeitung“ und ähnlichen Blättern beliebigen Redewendungen wird auch auf diese Verbände die Bezeichnung „rote Gewerkschaftsbewegung“ angewandt.

Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seitens dieser Verbände weder Sabotage geübt noch propagiert ist, und daß unter den Vertrauensleuten dieser Gewerkschaften ein Leitfaden zur Ausübung der Sabotage“ nicht verbreitet worden ist.

Sind die vorgenannten Zentralverbände in der „Kreuzzeitung“ gemeint, so erkläre ich, daß es sich bei dieser Behauptung um eine gemeine Verleumdung handelt, deren sich der Verfasser der Notiz und der Mediateur, unter dessen Verantwortlichkeit sie veröffentlicht worden ist, schuldig machen.

Die „Kreuzzeitung“ ist das Organ der feudalen Junker, die sich rühmen, mit einem ganz besonders empfindlichen Ehrgefühl behaftet zu sein. Obwohl die Erklärung Legiens schon im „Vorwärts“ vom 4. März abgedruckt wurde, ist bisher nicht bekannt geworden, daß der Redakteur der „Kreuzzeitung“ oder dessen durch die Erklärung gekennzeichnete Hintermann sich veranlaßt gesehen hätte, mit einer Verleumdungsklage gegen den Vorwurf der Verleumdung zu reagieren. Die Herren haben allerdings guten Grund so zu tun, als ob sie in einer Rhinoceroshaut stüben, denn bei einer gerichtlichen Erörterung ihrer polemischen Gepflogenheiten sind für sie keine Vorbeeren zu ernten.

Die Aussperrung im Malergewerbe

bedeutet für die schanzmacherschen Unternehmer dieses Berufes eine schwere Enttäuschung. Es ist ihnen bei weitem nicht gelungen, der Aussperrung den Umfang zu geben, den sie erhofft hatten. Statt wie sie beabsichtigten, durch einen kräftigen Abbruch die Massen des Malerverbandes zu leeren, werden sie die Erfahrung machen müssen, daß sie sich ins eigene Fleisch geschnitten haben. In der kurzen Zeit seit der Verkündung der Aussperrung haben sich bereits mehrere moralische Niederlagen ereignet und die Niederlage in den wirtschaftlichen Fragen, um welche sich der Kampf dreht, dürfte wohl kaum lange auf sich warten lassen. Die Aussperrung begann am 4. März und sie sollte nach dem Plane der Unternehmerorganisation am 8. März in allen Bezirken durchgeführt sein. Eine vom Malerverband am 11. März durchgeführte Zählung ergab jedoch, daß nur 14 004 seiner Mitglieder, das ist noch nicht der dritte Teil der Gesamtzahl, von der Aussperrung betroffen wurden. Es ist kaum anzunehmen, daß die Aussperrung noch eine erhebliche Steigerung erfahren wird. Die Unterfütterung der Aussperrten wird freilich erhebliche Kosten verursachen, aber es ist nicht zu erwarten, daß die Maler ihren Kriegsfonds dazu aufbrauchen werden, wie es sich die Unternehmer vorgestellt hatten.

Mit der Begründung ihres Vorgehens sind die schanzmacherschen Malermeister einigermaßen in Verlegenheit. Daß sie den Schiedsspruch der Unparteiischen aus Uebermut abgelehnt haben, um die Massen der Gewerkschaft zu leeren und diese dann ihrem Willen gefügig zu machen, das können sie, wenigstens öffentlich, nicht sagen und so werden denn alle möglichen Gründe hervorgehoben. Da jagt der eine Führer, die Lohnerhöhung hätte es ihm angetan, dem anderen paßt es nicht, daß die Haftungsbestimmungen von den Unparteiischen abgelehnt wurden; eine große Rolle spielt bei der Begründung der Ablehnung aber die Behauptung, daß die Bestimmungen über den Arbeitsnachweis, welche die Unparteiischen in den Schiedsspruch aufgenommen haben, für die Unternehmer unannehmbar seien.

Auf diese Behauptung geben die Herren Dr. Frenzel, Rath und v. Schulz in ihrer Zeitschrift „Das Einigungsamt“ eine gewissermaßen Antwort. Sie konstataren, daß der Arbeitsnachweis im Vertragschema und in einem Schiedsspruch erwähnt wird. Im Vertragschema wird die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise empfohlen, ähnlich wie dies im jetzigen Vertrag geschah, nur mit dem Unterschied, daß der Wortlaut jetzt abgeschwächt ist. Dieses Vertragschema hat überdies die volle Billigung der Arbeitgebervertreter gefunden. Im Schiedsspruch ist ausgesprochen, daß die jetzigen Arbeitsnachweise nach Maßgabe des neuen Vertragschemas beibehalten werden müssen. Dieser Spruch entspricht ebenfalls der Auffassung der Arbeitgeber, die vorher ausdrücklich zu Protokoll gegeben hatten, daß die jetzigen Arbeitsnachweise beizubehalten seien. Die Erklärung der drei Unparteiischen schließt mit folgenden Worten:

„Wie jemand, der den Wortlaut und die Entstehungsgeschichte der Bestimmungen über Arbeitsnachweise kennt und an den Verhandlungen teilgenommen hat, eine andere Auffassung haben oder verbreiten kann, ist nicht recht erfindlich. Wenn trotzdem diese Erklärung an dieser Stelle eriolgt, so geschieht es, um für alle Beteiligten vollkommene Klarheit über diese Ablehnungsgründe des Schiedsspruchs zu schaffen, aber auch, um von keiner Seite nachträglich den Vorwurf zu hören: Das hätte man uns rechtzeitig sagen sollen.“

Auch die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse, in diesem Hauptstreitpunkt eine maßgebende Auslegung zu erfahren und damit die Dinge klar zu sehen.“

Das ist eine Beurteilung der schanzmacherschen Malermeister, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Der Malerverband hat inzwischen Sondertarife herausgegeben, in welchen ein über die Schiedssprüche hinausgehender Lohn festgesetzt wird. Diese Tarife sind schon von vielen Unternehmern anerkannt worden. Außerdem schweben Verhandlungen mit dem Bund Deutscher Dekorationsmaler, einer Sonderorganisation der Malermeister. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Sache der ausgesperrten Maler durchaus nicht schlecht steht.

Die Vertragsverhandlungen im Baugewerbe.

Die am 9. März wieder aufgenommenen Verhandlungen haben nach keine Klärung der Situation gebracht. Die Pause zwischen den letzten Verhandlungen war von den Parteien benutzt worden, um zu den Anträgen, die von der Gegenseite zum Hauptvertrag und zum Vertragsmuster gestellt waren, Stellung zu nehmen. Die wichtigsten Anträge der Unternehmer beziehen sich auf die Akkordarbeit und auf die Haftpflicht der Organisationen für die Durchführung der

Verträge. Sie wollen in den Hauptvertrag Bestimmungen aufnehmen, die ihnen die allgemeine Einführung der Akkordarbeit ermöglichen. Die Stellung der Arbeiter zu dieser Frage ist nicht ganz einheitlich. Die Maurer lehnen die Akkordarbeit nicht grundsätzlich ab, sie sind aber nicht geneigt, deren Verbreitung zu fördern. Nicht der einzelne Unternehmer soll mit seinen Arbeitern Abmachungen über Akkordarbeit treffen dürfen, sondern die Organisation soll hierbei ein Wort mitreden. Vor allen Dingen muß aber der Abschluß eines Akkordartikels die Voraussetzung für die Einführung der Akkordarbeit sein. Die Zimmerer lehnen die Akkordarbeit überhaupt ab.

Bei der Hauptpflicht der Organisationen für die Durchführung der Verträge handelt es sich um das Verlangen der Unternehmer, daß von den Arbeiter- und Unternehmerverbänden je 50 000 Mk. bei der Reichsbank hinterlegt werden als Sicherheit für die Einhaltung der Verträge. Die Arbeiter lehnen dies ab und zwar aus guten Gründen. Man hat Beispiele genug für die Methoden, deren sich die Unternehmer bedienen, um sich von der Erfüllung der Vertragspflichten zu drücken, so daß die von beiden Seiten hinterlegte Kassensumme in der Praxis ausschließlich eine Fessel für die Arbeiter wäre. Meinungsverschiedenheiten bestehen auch wegen der Berechnung der Ueberstunden. Die Arbeiter lehnen es ab, sich damit einverstanden zu erklären, daß im Winter der Zuschlag für Ueberstunden erst für die 10 Stunden pro Tag übersteigende Arbeitszeit gezahlt wird. Auch abgesehen davon gibt es in bezug auf die Ueberstunden und noch manche andere Fragen erhebliche Differenzen. Dabei wurde der Hauptstreitpunkt, die allgemeine Lohnerhöhung, bei diesen Verhandlungen noch gar nicht berührt. Am Schluß der Verhandlungen wurden die Unparteilichen ermächtigt, ein Tarifmuster auszuarbeiten, zu welchem sich die Parteien die endgültige Stellungnahme vorbehalten wollten.

Am 12. März legten die Unparteilichen ihren Vorschlag vor. Er lehnt sich an das seit hergebrachte Tarifmuster an und besagt u. a., daß die Arbeitszeit nur in einzelnen Orten, in denen sie noch 10 Stunden beträgt, eine allmähliche Herabsetzung erfahren soll. Die Akkordarbeit soll nur dort zulässig sein, wo sie jetzt schon besteht, doch muß an diesen Orten ein Akkordartikelfestgeschrieben werden. Die Hauptpflicht der Organisationen durch Hinterlegung einer Kautions von 50 000 Mk. ist von den Unparteilichen gestrichen. Zu ihren Vorschlägen, die, wenn sie von beiden Parteien angenommen werden, als Grundlage für die örtlichen bzw. Bezirksverhandlungen dienen sollen, gaben die Unparteilichen eine Erklärung ab, in der es heißt:

Die Vorschläge sind das Ergebnis der Würdigung der gesamten Anträge und Wünsche der Vertragsparteien. Nach Lage der Sache können sie insbesondere in den Hauptpunkten nur ein Kompromiß sein, das einen gerechten Ausgleich der beiderseitigen Gesamtforderungen herbeiführen soll. Daraus ergibt sich auch, daß die Vorschläge ein in allen Teilen zusammengehöriges und sich ergänzendes Ganze bilden, das eine Ausnahme einzelner Punkte nicht verträgt, ohne sofort andere, nicht voll befriedigende Wünsche der Gegenpartei wieder aufleben zu lassen. Wir haben geglaubt, uns in den wesentlichen Punkten auf den bisherigen, im allgemeinen erprobten Vertrag stützen zu müssen, um durch die Verwirklichung der nicht befriedigten Forderungen und insbesondere durch Heranziehung neuartiger Gesichtspunkte in den Vertrag dessen Annahme nicht zu sehr zu gefährden. Wir wurden darin um so mehr bestärkt, als wir aus den Verhandlungen den Eindruck gewannen, daß der bisherige Vertrag in seinen wesentlichen Grundzügen sich als brauchbar erwies, was sich insbesondere auch daraus ergibt, daß der Arbeitgeberbund sich bei den Münchener Verhandlungen gegebenenfalls bereit erklärte, das bisherige Tarifmuster unverändert weiter gelten zu lassen.

Als die Parteivertreter am Abend des 12. März noch einmal zusammentraten, erklärten die Arbeiter, daß sie bereit seien, auf Grund des Entwurfs in örtliche Verhandlungen einzutreten. Die Unternehmer hingegen erklärten, daß sie die Vorschläge der Unparteilichen zunächst ihrem Gesamtvorstand unterbreiten müßten, und daß sie deshalb nicht in der Lage seien, sich dazu zu äußern.

Zum Schluß wurde vereinbart, daß, wenn die Unternehmer in Verhandlungen eintreten, diese bis zum 10. April beendet sein müssen. Bis dahin soll der gegenwärtige Vertrag als verlängert gelten.

Auf den Außenseitenden machen die Verhandlungen den Eindruck, als ob die Unternehmer zielbewußt auf den Kampf losließen und nur Komödie spielen. Wenn die letzte Vereinbarung untergehalten wird, dann wird sie wahrscheinlich nur den Beginn des Kampfes ein wenig hinauszögern. Wie hart die Kampfesslust bei den Bauunternehmern ist, zeigt ein jetzt bekannt gewordenes Zirkular, das der Kommersielle Bauherrenverband am 5. März an die Haus- und Bauherren seines Gebiets verfaßt hat. In der fraglichen Organisation scheint es recht ferdal zuzugehen, denn unterzeichnet ist das Zirkular von einem Geh. Reg. Rat Landrat a. D. v. Zankhler und es ladet zu einer Versammlung ein, in welcher ein Herr v. Schwerin einen Vortrag halten soll. In dem Zirkular ist von den Tarifverhandlungen die Rede, die „einen immer günstigeren Verlauf“ nehmen, so daß mit ziemlicher Bestimmtheit der Ausbruch eines großen Streiks im Baugewerbe vom 1. April ab zu erwarten ist. Diese Herrschaften betrachten also die große Ausperrung, denn eine solche meinen sie, wenn sie vom Streik sprechen, als ein freundliches Ereignis, das sie kaum erwarten können. Es kann aber noch ganz anders kommen, als die Schatzmacher im Baugewerbe erwarten, denn es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß sich der Bauhand mit der großen Ausperrung, die er betreibt, noch arg in die Nesseln fesselt.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter veröffentlicht seinen Jahresabschluss für 1912, aus dem hervorgeht, daß sich zwar die Finanzen äußerlich günstig entwickelt haben, nicht aber die Mitgliederziffern. Während das Gesamtvermögen infolge der gegen das Vorjahr um 50 000 Mark geringeren Streitigkeiten um 289 916 Mk. stieg und jetzt rund 1 1/2 Millionen Mark oder pro Mitglied 28,75 Mk.

gegen 24,52 Mk. im Jahre 1911 beträgt, weist die Mitgliederzahl nur eine Steigerung um 3085 gegen 6351 im Vorjahre auf. Sie beträgt jetzt 80 780. Die Ursache dieser unbefriedigenden Entwicklung liegt auch hier in der Fluktuation. Während 1911 das Mehr an Mitgliedern noch 40,9 Proz. der Rekrutierungen betrug, macht es diesmal nur noch 23,4 Proz. aus. Es ist also ein größerer Teil der Mitglieder als im Vorjahre wieder ausgeschieden. Diese Erscheinung, die sich ja auch in anderen Verbänden zeigt, legt allen Gewerkschaften die dringende Verpflichtung auf, bei aller Agitationsarbeit die Erhaltung der einmal Gewonnenen nicht zu unterschätzen. Unter den Ausgaben des Verbandes, die insgesamt 931 716 Mk. betragen, stehen die Unterstützungen mit 521 442 Mk. obenan, wobei die Krankenunterstützung mit 224 387 Mk. den Löwenanteil erfordert. Charakteristisch für die Entwicklung der Gewerkschaftssituation ist bei den Einnahmen die steigende Bedeutung der Zinssummen, die hier bereits 30 000 Mk. pro Jahr oder fünfmal soviel als die Eintrittsgelder betragen.

Der Verband der Kupferschmiede hat im Jahre 1912 seine Mitgliederzahl von 4078 auf 5208 erhöht. Diese Zahl verteilt sich auf genau 100 Zahlstellen, von denen Berlin mit 760 und Hamburg mit 426 Mitgliedern die größten sind. Der Zuwachs ist zwar nicht allzu groß, doch dürfte hierbei die enge Berufsverwandtschaft mit dem Metallarbeiterverband organisierten Branchen auch diesem letzten manchen Berufsausgehörigen als Mitglied zugeführt haben. Die an sich sehr nachteilige Verrechnungssfrage wird auch neben anderen Beratungsstoffen die in der Osterwoche in Stettin stattfindende Generalversammlung beschäftigen, ohne jedoch praktische Folgen zu zeitigen. Nach dem Verbandsorgan will die überwältigende Mehrheit der Mitglieder an der eigenen Organisation nicht rütteln lassen. Finanziell steht denn auch diese tatsächlich sehr gut da. Der Vermögensbestand am Jahreschluß 1912 in Höhe von 165 800 Mk. ergibt pro Mitglied eine Summe von 31,40 Mark.

Die Gewerkschaftsbewegung in Leipzig hat sich, wie aus dem vorstehenden Bericht des Gewerkschaftsartikels ersichtlich, im verflochtenen Jahr wieder recht gut entwickelt. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Organisationen, die im Jahre 1907 erst 14 288 betrug, ist seither fast ununterbrochen gestiegen. Am Schluß des Jahres 1912 betrug sie 77 678. Hierbei sind 1476 Mitglieder nicht gezählt, die Leipziger Gewerkschaftszahlstellen angehören, aber an Orten wohnen und arbeiten, an welchen sich ein eigenes Kartell befindet. Am Schluß des Jahres 1911 waren 72 458 Mitglieder gezählt worden. Die Zunahme beträgt also 5220 oder 7,18 Proz. In der Gesamtzahl sind 8547 weibliche Mitglieder enthalten; bei diesen allein beträgt die Zunahme im letzten Jahre 12,03 Proz. Am stärksten ist die Mitgliederzunahme beim Transportarbeiterverband, der 1202 Mitglieder gewonnen hat und am Jahreschluß 7521 Mitglieder zählte. Die stärkste Zahlstelle haben die Metallarbeiter mit 17 000 Mitglieder. Die Bauarbeiter haben 7810, die Holzarbeiter 6927, die Buchdrucker 5797 Mitglieder.

Eingefandt.

Zentralkommission der Drechsler.

Den Sektionsleitungen und Vertrauenspersonen zur Kenntnis, daß der für das erste Halbjahr 1913 am 1. April fällige Berichtsfragebogen nicht zum Versand gelangt. Wie den Kollegen bekannt sein dürfte, hat vor kurzem der Hauptvorstand eine allgemeine Statistik der Holz-, Horn-, Weins- und Hartgummidrechslervereine veranstaltet und bereits in der Bearbeitung, dabei die Fassonbaufrage eingehend mitgeprüft. Wir glauben, daß das reichhaltige Material uns bald zur Verfügung stehen dürfte, bitten aber, alle besonderen Vorkommnisse der Kommission mitzuteilen.

Der für den 1. Oktober fällige Fragebogen wird den Kollegen rechtzeitig zugehen; wir ersuchen schon heute, denselben gewissenhaft ausgefüllt einzusenden. Gleichzeitig ersuchen wir, jeden Wechsel in der Vertrauensperson im Interesse der glatten Erledigung der nötigen Korrespondenz uns mitzuteilen.

J. A. Richard Kühnert,
Leipzig-W., Mariannenstraße 105.

Zentralkommission der Parkettleger.

Die Parkettleger in Bremen haben sehr viel unter der Konkurrenz auswärtiger Firmen zu leiden, namentlich von der Fabrik in Alfeld a. Harz und von Scher in Weimar, weil deren Arbeiter viel niedrigere Löhne haben, als die Kollegen in Bremen. Darum werden die größeren Arbeiten meistens von diesen Firmen ausgeführt. Alle Parkettleger, welche in Bremen Arbeiten ausführen sollen, werden daher aufgefordert, sich vorher bei der Ortsverwaltung, Paulsenstraße 58/60, über die bestehenden Arbeitsbedingungen zu erkundigen, wenn sie sich nicht Unannehmlichkeiten aussetzen wollen. Die Kollegen in Bremen wollen den Grundgesetz strikte durchführen, daß in Bremen nicht unter dem Bremer Tarif gearbeitet wird.

Die Zentralkommission. J. A. Hans Giermann,
München, Humboldtstraße 40 I.

Zur Bürstenarbeiterkonferenz.

Das Interesse, welches die Kollegen einer Konferenz entgegenbringen, beweist, daß es die höchste Zeit ist, eine solche abzuhalten. Auf der Konferenz sollte vor allen Dingen über Arbeitszeit, Lohnsätze und über den Arbeitsnachweis diskutiert und versucht werden, in diesen Fragen eine Regelung herbeizuführen. Es ist doch geradezu tröstlos, daß in einer Großstadt wie Leipzig die meisten Kollegen noch 60 Stunden frönen müssen. Dabei sind die Akkordfäden so hoch, daß ein tüchtiger Kollege in dem einen Betrieb statt arbeiten muß, um 20-21 Mk. zu verdienen, während der selbe Kollege in anderen Betrieben, bei gleicher Arbeit und Leistung 30-35 Mk. verdienen kann. In den letzten Jahren hat ein neuer Berufszweig Bedeutung gewonnen, die Dachhaarzurichterei. Während früher nur ein solcher Betrieb hier war, gibt es jetzt mehrere. Es sind fast alles jüdische Unternehmer, welche mit Vorliebe ausländische Kollegen rekrutieren, die sich zum Vorteil in den Verband nicht einschließen können. Deshalb haben die deutschen Kollegen einen schweren Stand. Nicht verschieden ist in diesem Beruf die

Arbeitszeit; meistens wird nur 5 Tage gearbeitet, es gibt aber Betriebe, welche in diesen 5 Tagen 60 Stunden und noch mehr arbeiten, während die Arbeitszeit in anderen nur 47 Stunden beträgt. Gört es nun einmal in einem solchen Betriebe, so inseriert der Arbeitgeber im Unternehmerorgan und er bekommt zahlreiche Angebote, selbst von Verbandskollegen, statt daß diese sich erst an die Zahlstelle wenden. Deshalb ist die Arbeitsnachweisfrage sehr dringend. Beru geltend gemacht wird, daß solche Mißstände die einzelnen Zahlstellen selbst regeln müssen, so meine ich doch, daß auch die Konferenz sich darüber klipp und klar äußern sollte. Vor allen Dingen möchte ich die Ortsverwaltungen ersuchen, überall, wo es nur möglich ist, Sektionen zu gründen. Man sollte nicht immer jagen, bei den paar Bürstenmachern genügt ein Vertrauensmann. Das ist nicht wahr, denn ein Bürstenmacher ist kein Pinselmacher und ein Dachhaarzurichter ist kein Vorstanzurichter. Ist nun ein Kollege allein und er kann sich in den einzelnen Häusern nicht recht aus, so verliert er die Lust. Den Vorschlägen auf Einrichtung von Bezirkssektionen stimme ich zu; und als Ort für die Konferenz dürfte sich Schönheide i. Erzgeb. am besten eignen.

Albin Schröder-Leipzig.

Von der Zentralkommission werden die Kollegen aufgefordert, sich zu der in Aussicht genommenen Plenarkonferenz zu äußern. Ich bin der Meinung, daß wir die Tagesordnung auf der Konferenz möglichst einschränken, um den Kollegen selbst Gelegenheit zu geben, ihre Ansichten dort zu vertreten. Es ließen sich ja schließlich die gesamten Fragen in 3 oder 4 Referaten behandeln, und zwar würde ich vorschlagen: 1. die allgemeine Lage in der Bürsten- und Pinselindustrie, 2. der Arbeitsschutz in unserer Branche und 3. Agitation und Organisation. Eine gründliche Aussprache hierüber ist nach meiner Ueberzeugung das notwendigste. Sollte es möglich sein, die Konferenz in Schönheide stattfinden zu lassen, so möchte ich dieser Anregung zustimmen. Sonderbar berührt mich die Aufforderung der Zentralkommission, Kollegen anzugeben, die gewillt sind, ein Referat zur Konferenz zu übernehmen. Das ist doch wohl Sache der Zentralkommission, geeignete Referenten zu besorgen, und sie dürfte in ihrer siebenjährigen Tätigkeit die Kollegen doch so weit kennen gelernt haben, um beurteilen zu können, wem sie Referate zuweisen kann. Als Nichtschmurr für die Vorbereitung der Konferenz sollte gelten: nicht zu viel Referate, aber eine gründliche Aussprache auf der Konferenz. Nicht wieder 10 Minuten Redezeit, sondern den Kollegen Gelegenheit gegeben, das zu sagen, was notwendig ist.

Richard Schmalbach-Berlin.

Zur Konferenz der Kamm- und Haarschmiedarbeiter.

Nachdem die Tarifbewegung der Schreiner glücklich vorüber ist, wäre es an der Zeit, die Tagung der Konferenz festzusetzen, denn es werden sich bis jetzt die meisten in Betracht kommenden Zahlstellen an der Diskussion beteiligen haben. Aus dieser selbst geht hervor, daß die Abhaltung einer Konferenz sehr vonnöten ist. Eine Hauptaufgabe wird es sein, Mittel und Wege zu finden, um eine intensive Agitation entfalten zu können. Das bereitet die letzte Lohnbewegung in Naumburg. Denn es ist kaum zu glauben, daß in einer solchen Stadt noch so viele Unorganisierte vorhanden sind; hier kann nur eine nachdrückliche Agitation von Nutzen sein. Als Zeit der Tagung schlagen wir Pfingsten vor.

R. Mohrenschlager, Erlangen.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Der preussische Landtag, Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. Im Auftrage des Parteivorstandes bearbeitet von Paul Dirsch.

Rechtzeitig vor den Landtagswahlen ist dieses Handbuch in dritter Auflage erschienen. Sie unterscheiden sich von ihren Vorgängern durch die alphabetische Anordnung des Stoffes und die größere Reichhaltigkeit des Inhalts. Der Verlag hat auf die Ausstattung des Buches große Sorgfalt verwendet. Trotz eines Umfangs von fast 600 Seiten ist es möglich, das gut gebundene Buch in der Tasche zu tragen. Der Preis des Handbuches beträgt 6 Mk.

Das Auge und seine Erkrankung. Von Dr. Seeligsohn. (Heft 33 der Arb.-Ges.-Bibliothek.) Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin C. 88. Der Preis ist wie bei allen bisher erschienenen Heften der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek 20 Pf. In besserer Ausgabe 50 Pf.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(Kleiner Verein auf Gegenseitigkeit.)

Die Abrechnungsformulare für alle vier Quartale dieses Jahres sind am 15. März versandt. Dem Material liegt ein Zirkular bei, welches genau zu beachten ist. Reklamationen ersuchen wir umgehend zu machen.

Der Vorstand. G. Blume, Vorsitzender.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. G. 86, Hamburg.)

Im Februar sandten Ueberschüsse ein: Zeit 200 Mk., Treisdorf, Ochshausen, Wald und Stettin je 100 Mk., Summa 600 Mk.

Zuidaus erhielten: Berlin D 300 Mk., Bargheide 200 Mk., Kaiserlautern 200 Mk., Diegnitz und Bergedorf je 100 Mk., Celle 50 Mk., Summa 950 Mk.

Abschluß der Jahresabrechnung für 1912: Einnahme 119 700,47 Mk., Ausgabe 111 591,20 Mk., ergibt 8109,27 Mk. Ueberschuß. Vermögensausweis: Barbestand 13 827,60 Mk., Wertpapiere 35 908,37 Mk., Depositen 92 600 Mk., Summa 142 335,97 Mk. Die durchschnittliche Ausgabe der letzten fünf Jahre als Reservefonds beträgt 104 717,33 Mk.

J. L. Mahmann, Hamburg 31, Seemannstr. 37.

